



## Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

### 104. KR-Sitzung, Montag, 12. Mai 2025, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Beat Habegger (FDP, Zürich)*

#### Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen** ..... 2  
     Ratsprotokoll zur Einsichtnahme  
     Zuweisung von neuen Vorlagen
2. **Gesetz über die politischen Rechte (GPR), Gesetz über die  
     Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess  
     (GOG), Organisation der Friedensrichterkreise** ..... 3  
     Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024  
     Vorlage 5938b
3. **Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale  
     Integrität»** ..... 4  
     Antrag des Regierungsrates vom 11. Dezember 2024 und Antrag der  
     Kommission für Staat und Gemeinden vom 11. April 2025  
     Vorlage 5999a
4. **Gemeindegesetz (GG), Änderung, Veröffentlichung bedeutender  
     gebundener Ausgaben auf Gemeindeebene** ..... 24  
     Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 23. August  
     2024  
     KR-Nr. 210a/2021
5. **Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf  
     Gemeindeebene** ..... 31  
     Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 26. April 2024  
     KR-Nr. 211a/2021
6. **Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der  
     Jahresrechnung auf Gemeindeebene** ..... 33  
     Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 26. April 2024

KR-Nr. 212a/2021

**7. Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden ..... 35**

Antrag des Regierungsrates vom 15. Mai 2024 und Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 7. November 2024

KR-Nr. 324b/2019

**8. Herkunft der Bilder der Bührle-Sammlung lückenlos aufklären und die Entstehung der Sammlung historisch kritisch aufarbeiten ..... 51**

Antrag des Regierungsrates vom 31. Mai 2023 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Dezember 2024

KR-Nr. 147b/2022

**9. Verschiedenes ..... 62**

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Rücktrittserklärungen

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

## **1. Mitteilungen**

### **Geschäftsordnung**

*Ratspräsident Beat Habegger:* Ich weise darauf hin, dass auf der Traktandenliste der Hinweis fehlt, dass die Geschäfte 10 (KR-Nr. 420a/2020) und 11 (Vorlage 5826) aufgrund des Beschlusses vom 25. November 2024 in gemeinsamer Beratung behandelt werden.

Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

### ***Ratsprotokoll zur Einsichtnahme***

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

– Protokoll der 103. Sitzung vom 5. Mai 2025, 9.15 Uhr

### ***Zuweisung von neuen Vorlagen***

Zuweisung an die Finanzkommission:

- **Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 158/2023 betreffend Compliance in der kantonalen Verwaltung**  
KR-Nr. 158a/2023

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Änderung der Nutzungsplanung ohne negative Vorwirkung**  
Parlamentarische Initiative von Astrid Furrer, KR-Nr. 331/2024

Zuweisung an die Geschäftsleitung:

- **Quorum bei Beantragung einer geheimen Wahl**  
Parlamentarische Initiative von Thomas Forrer, KR-Nr. 18/2025
- **Geheime Wahl des Verwaltungsrates EKZ und des Bankrates ZKB**  
Parlamentarische Initiative von Marzena Kopp, KR-Nr. 29/2025

### ***Gratulation zum Geburtstag***

*Ratspräsident Beat Habegger:* Es freut mich, unserem Ratskollegen Jörg Kündig herzlich zum heutigen Geburtstag zu gratulieren. (*Applaus*)

## **2. Gesetz über die politischen Rechte (GPR), Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG), Organisation der Friedensrichterkreise**

Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024

Vorlage 5938b

*Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission:* Die Redaktionskommission hat die Vorlage 5938 geprüft, dies bereits im Dezember letzten Jahres. In Paragraph 53 Absatz 4 haben wir das Wörtchen «mehrere» durch das Wörtchen «die» ersetzt. Damit ist in Paragraph 53 sichergestellt, dass es weder Wiederholungen hat noch nicht konsistent ist. Die Formulierungen in Absatz 3 und 4 sind entsprechend nun gleich. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

### ***Redaktionslesung***

### ***Titel und Ingress***

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I. Das Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003 wird wie folgt geändert:*  
§§ 12 und 54

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*II. Das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess vom 10. Mai 2010 wird wie folgt geändert:*

*§§ 53 und 53a*

*Übergangsbestimmung*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*III. und IV.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

*Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 164 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5938b zuzustimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

### **3. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»**

Antrag des Regierungsrates vom 11. Dezember 2024 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 11. April 2025

Vorlage 5999a

*Ratspräsident Beat Habegger:* Eintreten auf Volksinitiativen ist obligatorisch.

Wir führen zuerst die Grundsatzdebatte zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag. Dann stimmen wir ab über Eintreten auf den Gegenvorschlag, das ist Teil B der Vorlage. Und falls Sie auf den Gegenvorschlag eintreten, erfolgt im Anschluss dessen Detailberatung und dann die Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag. Im Anschluss behandeln wir dann Teil A der Vorlage.

Wenn Sie nicht auf den Gegenvorschlag eintreten, bereinigen wir nur Teil A der Vorlage.

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK):* Wir beraten heute die kantonale Volksinitiative für ein Grundrecht auf digitale Integrität. Konkret soll das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit um ein Recht auf digitale Unversehrtheit ergänzt werden. Die Initiantinnen und Initianten möchten mit ihrer Volksinitiative die Bedingungen für eine menschenfreundliche Digitalisierung schaffen, indem sie die Gefahren für die Demokratie minimieren und die Selbstbestimmung der Menschen stärken. In Form der allgemeinen Anregung verlangen sie ein Grundrecht auf Wahrung der digitalen Integrität und, davon abgeleitet, folgende Rechte: Erstens, ein Recht auf Vergessenwerden, zweitens, ein Recht auf ein Offline-Leben, drittens, ein Recht auf Informationssicherheit, viertens, ein Recht darauf, nicht von einer Maschine beurteilt zu werden, fünftens, ein Recht darauf, nicht überwacht, vermessen und analysiert zu werden, und, sechstens, ein Recht auf Schutz vor Verwendung von Daten ohne Zustimmung, welche das digitale Leben betreffen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat und der vorbereitenden Kommission, der STGK, die Initiative abzulehnen. Aus seiner Sicht bieten die geltenden Grundrechte bereits heute ausreichend Schutz, sodass den Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit sowie dem damit verbundenen Recht auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber dem Staat Rechnung getragen wird. Insbesondere die Revision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz, IDG, mit welcher sich die STGK bereits sehr intensiv befasst, enthält die dem Anliegen am besten entsprechenden Regelungen. Weiter kritisierte der Regierungsrat, dass die Regelung der Verhältnisse zwischen Privaten Sache des Bundes sei, hier kann der Kanton Zürich gar nicht eingreifen. Die Forderung nach einem Grundrecht auf digitale Integrität betrifft aber, so wie die Forderung nun formuliert ist, massgeblich auch den privaten Bereich. Damit weckt die Initiative falsche Erwartungen, die so nicht abgedeckt werden können.

Die Kommission hat die Initiantinnen und Initianten und die Regierung zur vorliegenden Initiative angehört und kann sich der Einschätzung des Regierungsrats anschliessen. Die Kommission hat aber grosses Verständnis und grosse Sympathien für das Anliegen. Eine Kommissionsminderheit sieht das Anliegen am besten auf Bundesebene aufgehoben, weshalb sie den von der Kommissionsmehrheit ausgearbeiteten Gegenvorschlag ablehnt.

Die Kommissionsmehrheit schlägt den Initiantinnen und Initianten heute im Rat einem Gegenvorschlag zur eingereichten Volksinitiative vor. Der Gegenvorschlag der Kommission trägt dem Anliegen der Initiantinnen und Initianten Rechnung, präzisiert aber die sechs vom Initiativkomitee geforderten Rechte. Der Kanton hat entsprechend dafür zu sorgen, dass die Grundrechte

im digitalen Raum gewahrt sind. Die weiteren vorgeschlagenen Verfassungsrechte dienen als Grundsätze, die die Gesetzgeberin in bestehende oder neue Gesetze einfließen lassen soll. Beispielsweise soll sichergestellt werden, dass Einwohnerinnen und Einwohner staatliche Leistungen grundsätzlich auch auf analogem Weg in Anspruch nehmen können. Damit wird das Prinzip «Digital First» respektiert, das die kantonale Verwaltung nach aussen verfolgt. Dank der allgemeinen Formulierung der einzuführenden Verfassungsrechte ist gewährleistet, dass die öffentlichen Behörden nicht unnötig eingeschränkt werden und weiterhin möglichst effizient im Sinne der Zürcher Bevölkerung handeln können. Gleichzeitig wird anerkannt, dass die Digitalisierung auch grundrechtliche Gefahren und Risiken mit sich bringt, die auf Verfassungsebene adressiert werden sollen.

Ich bitte Sie, sich der Kommissionsmehrheit anzuschliessen, die Volksinitiative entsprechend abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen. Besten Dank.

***Minderheitsantrag von Roman Schmid, Michael Biber, Susanne Brunner, Isabel Garcia, Tumasch Mischol (i.V. Christian Pfaller), Fabian Müller, Christina Zurfluh Fraefel:***

*II. Auf den Gegenvorschlag wird nicht eingetreten.*

*Roman Schmid (SVP, Opfikon):* Ich möchte mich anfangs bei unserer Kommissionspräsidentin für die sehr gute Vorlagenpräsentation bedanken.

Nun, wir spielen jetzt ein bisschen die Spielverderber bei dieser Vorlage, nicht aus tiefster Überzeugung, aber aus guten Gründen. Darum haben wir den Minderheitsantrag gestellt, nicht nur die Volksinitiative, sondern auch den Gegenvorschlag abzulehnen.

Es ist aber nicht so einfach, wie es scheint. Wir verstehen, dass beim Thema «Digitalisierung» viele Fragezeichen bestehen, viele Fragen noch offen sind. Die Unsicherheit, welche damit einhergeht, sehen wir immer wieder, und darum bleibt auch ein Verständnis, dass eine Volksinitiative mit dem Wortlaut «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» eingereicht wurde.

Ist etwas nicht gut, kann ich weitersprechen? (*Ratspräsident Beat Habegger: Sie dürfen weitersprechen, Herr Kantonsrat, keine Probleme unsererseits.*) Vielen Dank, es hat ein wenig so ausgesehen, weil viele Augen auf mich gerichtet waren (*Heiterkeit*).

Die Volksinitiative wurde in Rekordzeit mit rekordverdächtigen Unterschriftenzahlen eingereicht, dies sollte die Politik zum Denken anregen. Die Digitalisierung wird im Volk unterschiedlich wahrgenommen und auch angesehen. Zum einen gibt es ja jene, die gar nicht schnell und viel genug digitali-

sieren können und wollen, das Zauberwort lautet «Digital only» oder «papierloses Büro». Andere fragen sich, warum dies in so einem Tempo geschehen soll und warum alles, das analog und in Papierform funktioniert hat, verschwinden soll. Sie schwören auf Altbewährtes, da es schon lange sehr gut funktioniert hat. Die Welt ist in einem stetigen Wandel, die Welt um uns herum verändert sich. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. «Digital First», Bargeldzahlung möglich, alles gut. Aber wir diskutieren hier und heute nicht über die Frage, warum im ÖV fast nur noch digitale Billette erhältlich sind oder warum zum Beispiel immer mehr Angebote und Eingaben nur noch digital erfolgen können. Wir sprechen nicht darüber, dass gewisse Menschen so abgehängt werden und sich neu organisieren müssen. Wir sprechen hier vor allem darüber, wie mit gespeicherten persönlichen Daten umgegangen werden soll. Dies ist ebenfalls ein grosses Anliegen und gibt viel zu diskutieren in der Bevölkerung.

Die Grundrechte werden in der Bundesverfassung und zum Beispiel in Artikel 10 der Kantonsverfassung geregelt. Im IDG des Kantons Zürich ist beispielsweise in Paragraph 1 litera c geregelt, dass die Grundrechte von Personen, deren Daten die öffentlichen Organe bearbeiten, zu schützen seien, insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Volksinitiative in der Form der allgemeinen Anregung fordert Rechte in den Bereichen offline zu leben, vergessen zu werden, über die Informationssicherheit nicht von einer Maschine beurteilt zu werden, nicht überwacht, vermessen und analysiert zu werden, und den allgemeinen Schutz der Daten.

Für uns geht die Volksinitiative an den falschen Empfänger. Wir hätten es begrüsst, wenn diese Initiative nicht im Kanton Zürich, sondern in Bundesbern eingereicht worden wäre. Unsere Begründung: Im Kanton Zürich regelt das IDG die digitale Beziehung zwischen den öffentlichen Organen und den Menschen. Das IDG im Kanton Zürich funktioniert, und falls nicht, können wir jetzt noch letzte Anpassungen bei der Totalrevision machen. Wobei: Das sollte schnell geschehen, die Beratung ist schon sehr weit fortgeschritten.

Der Bund regelt dies alles in seinem revidierten Datenschutzgesetz, in der Datenschutzverordnung und in der neuen Verordnung über die Datenschutzzertifizierung, welche ebenfalls revidiert und per 1. September 2023 in Kraft gesetzt wurde. In diesem Gesetz wird zum Beispiel geregelt, dass Folgeabschätzungen durchgeführt werden müssen, sofern ein hohes Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Personen bestehen. Oder aber die Informationspflicht wird auf jede Beschaffung von Personendaten ausgeweitet und die betroffenen Personen müssen vorgängig dazu informiert werden. Dies ist, wie schon aufgeführt, in Bundesbern geregelt und sollte darum auch dort debattiert werden. Diese Initiative weckt also falsche Erwartungen und darum lehnen wir sie ab.

Zum Gegenvorschlag: Die Kommissionsmehrheit hat einen Gegenvorschlag ebenfalls in der Form der allgemeinen Anregung ausgearbeitet. Da wurden die Argumente etwas abgeschwächt. Aber auch die Punkte des Gegenvorschlags wecken aus unserer Sicht wieder falsche Erwartungen an den Kanton Zürich. Wir warnen zurzeit vor dem Abbau der Effizienzsteigerungen und vor dem Ausbau von Verordnungen und des Staatspersonals. Dies wird automatisch eine negative Kostenfolge mit sich bringen, und dies lehnen wir hier entschieden ab. Die geforderte umfassende Gewährleistung mehrerer Kommunikationskanäle sowie die Beschränkung der Automatisierung von Prozessen innerhalb der Verwaltung werden zu erheblichen Mehrkosten führen. Uns ist klar, dass die Digitalisierung und der Datenschutz im Volk vielbeachtete Themen sind und sich die Menschen vermehrt Gedanken darüber machen. Ich gehe davon aus, dass dies dann auch in der Volksabstimmung wieder hochgekocht wird. Wir müssen dann halt klaren Wein einschenken. Vielen Dank.

*Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich):* Die Vernehmlassung zur Verordnung über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs ging letzte Woche zu Ende. Der Bundesrat erschwert mit seiner Verordnung nicht nur die Arbeit der hiesigen IT-Industrie, nein, er schwächt auch den Datenschutz und greift in letzter Konsequenz die Grundrechte von uns allen frontal an. Ich möchte Sie hier nicht mit nationaler Politik langweilen, eines sei aber noch gesagt: Beim Schutz unserer Grundrechte im digitalen Raum bleibt der Bundesrat untätig. Und mit ihm tut sich auch das Parlament sehr schwer, griffige Regeln in diesem Bereich zu erarbeiten, und zwar wegen des Widerstands der SVP und der FDP. Damit komme ich zum Kanton Zürich: Während der Beratung und gerade eben jetzt im Votum meines Vorredners hörten wir, dass genau die SVP, aber auch die FDP immer wieder betonten, wie wichtig dieses Thema sei und dass es von der Politik aufgenommen werden müsse, nur halt nicht hier im Kanton Zürich, sondern auf Bundesebene. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, wie sollen wir das jetzt verstehen? Sind das einfach nichts als leere Worte, die wir hier hören, schöne Sonntagsreden? Oder ist es Ihren Vertreterinnen und Vertretern in Bern schlicht egal, was Sie hier im Kanton Zürich denken? Wie dem auch sei, mit Ihrer Verweigerungshaltung politisieren Sie einmal mehr an der Bevölkerung vorbei und werden bei einer allfälligen Volksabstimmung eine krachende Niederlage einfahren. Das zeigen auch die Resultate der anderen Kantone. Wenn wir nach Genf oder nach Neuenburg schauen, lag die Zustimmung bei über 90 Prozent. Das zeigt, dass der Schutz der Grundrechte im digitalen Raum den Menschen in diesem Land ein grosses Anliegen ist.



Wir Grüne nehmen diese Sorgen der Bevölkerung ernst. Es ist klar, dass die digitale Integrität der Menschen auch im Kanton Zürich rechtlich verankert werden muss, und zwar als Grundsatz in der Verfassung. Insbesondere darum, weil der Austausch von Daten und Informationen zwischen Kanton, Gemeinden und Einwohnerinnen und Einwohnern vermehrt im digitalen Raum stattfindet. Und darum haben wir in der Kommission aktiv auf einen umsetzbaren und mehrheitsfähigen Gegenvorschlag hingearbeitet. Dieser Gegenvorschlag greift wichtige Punkte der Volksinitiative auf und umfasst fünf Punkte, auf die ich nun genauer eingehen möchte:

Erstens: Der Kanton sorgt für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum. Im Gegensatz zur Volksinitiative umfasst der Gegenvorschlag nicht nur Abwehr-Rechte, sondern nimmt den Kanton auch aktiv in die Verantwortung. Und wir haben es gehört: Auch wenn der Kanton keinen Einfluss auf die privaten Akteurinnen und Akteure hat, ist sein Handlungsspielraum durchaus gross, und zwar im Umgang mit den Daten, die er selbst erhebt, bearbeitet und speichert. Präventives Handeln im Sinne des Datenschutzes ist hier angezeigt, und darum ist es so wichtig, dass die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum zu einer kantonalen Aufgabe wird.

Das bringt mich zum zweiten Punkt: Die öffentlichen Behörden im Kanton Zürich speichern eine Vielzahl unserer Daten digital ab, seien es Gesundheitsdaten, Personendaten oder auch Daten zum Wohnen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Behörden müssen aber sicherstellen, dass diese Daten sicher gespeichert sind und vor missbräuchlichem Zugriff, sei es durch undemokratische Tech-Milliardäre oder politisch motivierte Hackerangriffe, geschützt werden.

Punkt 3, das Recht, staatliche Leistungen auf analogem Weg in Anspruch zu nehmen: Staatliche Leistungen sollen für alle zugänglich sein und auch auf einem analogen Weg in Anspruch genommen werden können. Und hier geht es nicht nur darum, dass die ÖV-Billette am Automaten gelöst werden können, nein, gerade auch Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen müssen möglichst hindernisfrei beantragt werden können. Und auch demokratiepolitisch ist diese Forderung relevant. Gesellschaftliche Teilhabe ist eine der Grundvoraussetzungen, um am politischen Leben teilnehmen zu können. Staatlichen Informationen kommt hier eine zentrale Aufgabe zu, und diese Informationen sollen niederschwellig und für alle verfügbar und verständlich bereitgestellt werden.

Ich komme zu Punkt 4, ein grundsätzliches Recht darauf, nicht permanent überwacht, vermessen und analysiert zu werden: Wir wollen keine Massenüberwachung im öffentlichen Raum durch den Staat, und schon gar nicht durch die Verwendung biometrischer Daten zur automatisierten Identifizie-

rung. Diese birgt ein enormes Missbrauchspotenzial bei doch überschaubarem Nutzen. An dieser Stelle möchte ich aber auch festhalten, dass wir nichts gegen eine klar definierte, zeitlich und räumlich begrenzte Überwachung einzuwenden haben, natürlich ohne die Verwendung biometrischer Daten. Ich denke da beispielsweise an Grossanlässe wie die Street Parade, bei der die Einsatzkräfte den Anlass überwachen sollten, beobachten sollten und sicherstellen müssen, dass keine Massenpanik entsteht, und so für die Sicherheit der Anwesenden sorgen können.

Punkt 5, der letzte Punkt: Entscheide, die die verfassungsmässigen Grundrechte einschränken, sind in der Regel von einer natürlichen Person und nicht ausschliesslich durch einen Algorithmus zu treffen. Algorithmische Entscheidungssysteme, so viel sollte klar sein, sind intransparent. Wie diese funktionieren und welche Daten wie verwendet werden, bleibt oftmals im Dunkeln, wir wissen es schlicht nicht. Staatliches Handeln nachvollziehbar zu machen und somit dem Öffentlichkeitsprinzip zu entsprechen, wird durch eine ausschliessliche Verwendung algorithmischer Entscheidungssysteme praktisch verunmöglicht. Wir wollen nicht, dass unsere Grundrechte von einer sogenannten Künstlichen Intelligenz (*KI*) eingeschränkt werden können, und darum soll der definitive Entscheid immer von einem Menschen gefällt werden. So können auch einzelne Personen und Personengruppen vor Diskriminierung geschützt werden.

Ich komme zum Schluss: Der Digitalisierung – und mit ihr den Fragen nach der Informationssicherheit und dem Datenschutz – kommt hier in unserem Kanton nicht der Stellenwert zu, den sie in Zeiten einer globalen Kommunikationsmöglichkeit und Datenspeicherung effektiv haben sollte. Und darum gehört der grundrechtliche Grundsatz der digitalen Integrität in die Verfassung. Was auch klar ist: Einzelfallabwägungen in Bezug auf dieses Grundrecht sind selbstverständlich möglich und werden auch nötig sein, so wie wir diese aus der Rechtsprechung hinsichtlich der Grundrechte auf physische und psychische Integrität kennen.

Mit dem vorliegenden Gegenvorschlag nehmen wir die Gefahren und Risiken, die die Digitalisierung mit sich bringt, im Sinne der Initiantinnen und Initianten ernst und gehen diese auf einer umsetzbaren Ebene an. Unterstützen Sie mit uns Grünen den Gegenvorschlag und lehnen Sie die Volksinitiative ab.

*Nicola Yuste (SP, Zürich):* Die Kommissionspräsidentin und meine Vorredner haben die Ausgangslage bereits klar und ausführlich geschildert. Ich werde in meinem Votum darauf eingehen, weshalb die SP mit Überzeugung das Kernanliegen der Initiative und deswegen auch den Gegenvorschlag der Kommission unterstützt.

Es geht um unsere Grundrechte und der Schutz der Grundrechte ist Aufgabe der Verfassung. Klar, für die Wahrung der Menschenrechte und der Grundrechte spielen die Bundesverfassung und die für die Schweiz verbindlichen internationalen Abkommen eine wichtige Rolle, aber eben auch die Kantonsverfassung in ihrem zweiten Kapitel, welches ganz den Grundrechten gewidmet ist. Sie kennen dieses Büchlein (*die Votantin hält die Broschüre mit der Kantonsverfassung in der Hand*) als kantonale Parlamentarier natürlich gut, ich selbst nehme es gerne ab und zu hervor. Im Vorwort dieser Ausgabe – wir haben sie von Sylvie Matter (*in ihrer damaligen Rolle als Ratspräsidentin*) damals bekommen – weist Regierungsrätin Jacqueline Fehr auf den Pioniercharakter unserer ersten modernen Zürcher Verfassung von 1869 hin. Ich möchte kurz aus diesem Vorwort zitieren, wenn ich darf: «Verfassungen schreiben die Grundlagen des Zusammenlebens fest. Dabei spiegeln sie immer den Zeitgeist, unter dessen Einfluss sie entstanden sind.» Auch die aktuelle Verfassung von 2005 ist mittlerweile 20 Jahre alt. Ich war 2005 16 Jahre alt, unsere Handys hatten grosse Tasten, sie hiessen «Nokia» oder «Sony Ericsson». Gerade erst wurde in der Schweiz 3G (*Mobilfunkstandard der dritten Generation*) eingeführt. Zum ersten Mal überhaupt konnten Datenmengen über das Mobilfunknetz geteilt werden, die grösser waren als eine SMS. Heute ist diese Technologie längst veraltet und wird dieses Jahr vom Netz genommen. Es klingt abgedroschen, aber kaum etwas hat unser Leben in so kurzer Zeit so grundlegend verändert wie die Digitalisierung, das Internet.

Und die Initianten haben Recht, wenn sie feststellen, dass unser Grundrechtskatalog aus einer Zeit stammt, in der die Informationstechnologie hauptsächlich aus Stift, Papier und Druckerpresse bestand. Sie wollen deshalb das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit um ein Recht auf digitale Unversehrtheit ergänzen. Wir halten das für zeitgemäss, und zwar nicht, weil unsere Grundrechte veraltet wären – da gebe ich auch der SVP recht, sie haben selbstverständlich weiterhin Bestand –, sondern weil die Digitalisierung eben nicht nur unser Leben grundlegend verändert hat, sondern auch grundlegend neue Herausforderungen und Risiken für unsere Grundrechte mit sich bringt. Und es ist korrekt, dass dies auch für die Bundesebene gilt. Aber das bedeutet natürlich nicht, wie es die rechten Parteien im Rat auslegen, dass es im Kanton Zürich keinen Handlungsbedarf gäbe. Es ist die Aufgabe des kantonalen Gesetzgebers, die digitale Integrität der Bevölkerung gegenüber dem Staat, also den kantonalen und kommunalen Behörden, zu schützen. Einerseits tun wir dies über unsere Gesetze, und wir stimmen der Regierung zu, dass wir hier schon in einigen Bereichen sehr gute Grundlagen gelegt haben. Aber es ist ein berechtigtes Anliegen, die in der Verfassung definierten Grundrechte auch für den digitalen Raum anzupassen. In diesem

Sinne unterstützen wir den Gegenvorschlag, welcher – Kantonsrat Krähenmann hat das ausgeführt – die allgemeine Anregung der Initiative präzisiert und für die kantonale Ebene umsetzbar macht.

Aber wovon sprechen wir eigentlich, wenn wir von grundrechtlichen Risiken durch neue Technologien sprechen? Nehmen wir ein konkretes aktuelles Beispiel: Antennensuchläufe. Antennen was? Mit einem Antennensuchlauf können Sie herausfinden, welche Handys in einem bestimmten Zeitraum an einer bestimmten Antenne eingewählt waren, und sämtliche Kommunikationen und Kommunikationsversuche nachverfolgen. Faszinierend, nicht wahr? Die Netzbetreiber müssen diese sogenannten Vorratsdaten speichern und an Behörden herausgeben, wenn ein Gericht dies anordnet. Warum ist das problematisch? Weil bei kaum einer anderen Methode Daten von so vielen Tausenden Handynutzern ausgewertet werden, die allermeisten natürlich komplett unbeteiligte und unschuldige Bürgerinnen und Bürger. Dies wird von vielen kritisiert, weil es einen unverhältnismässigen Eingriff in den Schutz der Privatsphäre darstellt und eine gesetzliche Grundlage bis heute dafür fehlt. Gleichzeitig hat sich der Einsatz dieser Methode im vergangenen Jahr schweizweit verdoppelt, und der Kanton Zürich gehört bei der Anzahl der Überwachungsmassnahmen schon länger zu den Spitzenreitern. Ein anderes Beispiel – wir haben es vorhin auch schon gehört – ist die automatisierte biometrische Erkennung im öffentlichen Raum, bei der zum Beispiel die Gesichter von Gefilmten mit Bildern aus einer Datenbank abgeglichen werden, sodass KI-Systeme Individuen aus einer Masse heraus identifizieren können. Auch hier das Problem: Polizeibehörden, die solche Systeme einsetzen, wissen meist nicht, ob eine bestimmte gesuchte Person tatsächlich vor Ort ist. Es werden aber biometrische Daten von allen Personen, die vor Ort sind – denken Sie an einen Hauptbahnhof –, ausgewertet, also auch von völlig unbeteiligten Personen. Auch dies ist keine Zukunftsmusik, mehrere Kantone wenden diese Technologie schon heute in der Strafverfolgung an. Und man kann es niemandem verübeln, der dabei ein mulmiges Gefühl bekommt. Staatliche Überwachung ist kein neues Phänomen, aber neue Technologien schaffen Dimensionen, die auf einen Schlag Grundrechte von Tausenden und Zehntausenden Menschen gefährden. Dies erfordert auch ein Neudenken unserer staatlichen Regeln. Wir finden es daher richtig und angebracht, unserer Verfassung nach 20 Jahren ein Update zu geben, um unsere digitale Integrität und unsere Grundrechte im digitalen Raum zu wahren. Wir haben ein Recht auf Informationssicherheit und ein Recht darauf, nicht permanent überwacht, vermessen und analysiert zu werden. Die Tatsache, dass seitens Juristinnen und Juristen heute sehr umstritten ist, ob für derzeit angewendete Überwachungs- und biometrische Identifizierungsmassnahmen eine gesetzliche

Grundlage vorliegt, zeigt, dass ein solches Grundrecht mehr Rückhalt braucht.

Auch der Grundsatz, dass Entscheide, die die verfassungsmässigen Grundrechte einschränken, von einer natürlichen Person und nicht ausschliesslich durch einen Algorithmus zu treffen sind, verdient es, besonders geschützt zu werden. Denn niemand von uns will, dass Entscheidungen über unser Leben ausschliesslich von einem nicht nachvollziehbaren Algorithmus gefällt werden. Nach unserem jetzigen Kenntnisstand geschieht dies im Kanton Zürich auch nicht, aber es ist unsere Aufgabe als Gesetzgeber, die roten Linien klar aufzuzeigen, und das tun wir mit diesem Gegenvorschlag.

Die SP wird die Initiative ablehnen und den Gegenvorschlag der Kommission unterstützen. Besten Dank.

*Isabel Garcia (FDP, Zürich):* Entgegen dem, was der Kollege Krähenmann gesagt hat, ist die Wahrung der digitalen Integrität für die FDP ein wichtiges Anliegen, und entsprechend intensiv und tiefgehend haben wir die vorliegende Volksinitiative in der Fraktion auch diskutiert. Trotz einer grundsätzlichen Sympathie gegenüber dem Anliegen sind wir aber zum Schluss gekommen, dass wir die Volksinitiative in der jetzigen Form nicht unterstützen können. Gerne begründe ich Ihnen unsere Ablehnung:

Die Volksinitiative – das wurde schon erwähnt – bewegt sich auch aus Sicht der FDP auf der falschen Regulierungsebene. Das Anliegen der digitalen Integrität müsste unserer Auffassung nach auf Bundesebene adressiert werden. Die Volksinitiative weckt – auch das wurde schon erwähnt – zudem falsche Erwartungen. Kantonale Grundrechte können nämlich nur gegenüber kantonalen Behörden geltend gemacht werden. Gegenüber Privaten, insbesondere auch gegenüber juristischen Personen, bliebe die Volksinitiative komplett wirkungslos. Eine weitere Problematik ist aus Sicht der FDP die Entstehung eines kantonalen Flickenteppichs bezüglich der geltenden Regelungen, was mit der Annahme dieser Initiative noch verstärkt würde. Bereits aktuell – auch das wurde bereits angetönt – ist es ja so, dass in den Kantonen Genf und Neuenburg spezifische Regelungen zur Wahrung der digitalen Integrität in Kraft sind und dass sich in einigen anderen Kantonen entsprechende Initiativen im politischen Entscheidungsprozess befinden. Gerade aber in einem so schnell sich ändernden technologischen Umfeld erachten wir eine solche Regulierungsvielfalt als ausgesprochen ungeeignet.

Ein weiteres grundsätzliches Bedenken der FDP ist es, dass die Volksinitiative zu radikal formuliert ist und in dieser Absolutheit gar nicht umgesetzt werden kann. Insbesondere die Forderungen nach einem Recht auf Vergessenwerden und einem Recht auf ein Offline-Leben erscheinen uns im Jahr 2025 schlicht und einfach als nicht erfüllbar. Bereits heute – und da komme

ich zum nächsten Punkt – garantiert der Kanton im Gesetz über die Information und den Datenschutz, dem IDG, ein sehr hohes Niveau an Informationssicherheit. Einige der in der Volksinitiative aufgeführten Forderungen sind damit aus unserer Sicht bereits weitgehend erfüllt.

Dann ein weiterer Punkt: Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass durch die Umsetzung der Initiative wegen der Gewährung mehrerer Kommunikationskanäle, die dann sichergestellt werden müssten, sowie der Beschränkung beziehungsweise des Rückbaus bereits etablierter automatischer Prozesse sehr hohe Kosten für den Steuerzahler entstehen würden, von den sich ergebenden Effizienzverlusten im Verkehr zwischen Behörden und Bürgern beziehungsweise zwischen Behörden und Unternehmen mal ganz zu schweigen.

Ich komme zum letzten Punkt: Last but not least sind aus Sicht der FDP die aktuell in der Verfassung aufgeführten Grundrechte ausreichend und lassen sich auch im digitalen Raum realisieren.

Kurz noch zum Gegenvorschlag, den wir auch ablehnen: Hier war die Diskussion in der Fraktion fast noch intensiver als über die Volksinitiative. Im Rahmen einer sehr ausführlichen Auseinandersetzung mit dem nun vorliegenden Gegenvorschlag haben wir sogar einen eigenen Formulierungsvorschlag für den Punkt 3 des aktuell vorliegenden Gegenvorschlags angeregt. Neu sollte es heissen, ich zitiere: «Das Gesetz kann vorsehen, dass einzelne staatliche Leistungen auf analogem Weg in Anspruch genommen werden können.» Damit wollten wir sicherstellen, dass staatliche Leistungen zualterererst in digitaler Form in Anspruch genommen werden sollen und dass der analoge Weg die ganz klare kleine Ausnahme darstellt. Schliesslich ist das Prinzip des «Digital First» für die FDP eine zentrale Zielsetzung. Leider waren nun die anderen Fraktionen der Meinung, dass unser Formulierungsvorschlag zwar inhaltlich durchaus interessant sei, aber der Gegenvorschlag dann in der Summe den Anliegen der Initianten zu wenig entgegengekommen wäre. Dass unser Vorschlag hier keine Unterstützung fand, bedauern wir. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Prinzip «Digital First» nun nicht explizit Teil des Gegenvorschlags geworden ist, können wir diesem auch nicht zustimmen.

Bitte lehnen Sie Volksinitiative und Gegenvorschlag zusammen mit uns ab. Besten Dank.

*Gabriel Mäder (GLP, Adliswil):* Wir beraten heute ein Thema, das an der Schnittstelle von Technologie, Grundrechten und gesellschaftlichem Wandel liegt, die digitale Integrität. Vergleicht man die Zürcher Initiative mit jenen aus den Kantonen Genf, Neuenburg oder Basel, so fällt auf, dass der Forderungskatalog hier deutlich umfangreicher und weitgehender ist. Womit sich

der Kanton Zürich diese Sonderbehandlung verdient hat, ist mir nicht bekannt. Sie hat aber der Initiative zweifellos einen Bärendienst erwiesen. Die Vorrednerinnen haben es bereits ausgeführt, die Initiative enthält gut gemeinte, aber überzogene Forderungen, die zum Teil auf kantonaler Ebene weder realistisch noch umsetzbar sind. Wir teilen diese Bedenken, halten die Initiative in dieser Form für nicht zielführend und lehnen sie ab.

Ich komme damit gleich zum Gegenvorschlag. Warum unterstützt die GLP diesen? Die Antwort ist einfach: weil wir die Digitalisierung stärken und voranbringen wollen. Wenn Verwaltung und staatliche Dienstleistungen digitaler werden sollen, dann müssen wir auf unseren wichtigsten Partner hören, die Bevölkerung. Und diese ist verunsichert. Mehr Cybervorfälle als Einbrüche, gehackte Gemeindeverwaltungen, kompromittierte Schulserver – kaum eine Woche vergeht ohne neue Schreckensmeldungen aus der digitalen Welt. Der Gegenvorschlag nimmt diese Sorgen ernst und schafft Vertrauen in das staatliche Handeln im digitalen Raum.

Doch weshalb braucht es überhaupt ein neues kantonales Grundrecht, wenn doch schon so viel geregelt ist? Nun, der digitale Raum heute ist mehr als die Weiterentwicklung von Steintafeln, Papier und Druckerpresse. Ob ein Bild, ein Text oder ein Video echt ist, kann mittlerweile nur noch von Expertinnen und Experten beurteilt werden. Gleichzeitig lassen sich solche Inhalte millionenfach verbreiten. Der digitale Raum ist längst zum Lebensraum geworden mit eigenen Risiken, Machtverhältnissen und eigenen Dynamiken. Deshalb ist die Rolle des Staates zentral. Die Auskünfte der Verwaltung müssen verlässlich sein, Informationen dürfen nicht missbräuchlich verwendet werden, Entscheidungsprozesse müssen nachvollziehbar und anfechtbar sein. An diesen Prämissen darf es keine Zweifel geben, ansonsten wird jeder weitere Digitalisierungsschritt, den wir hier anstossen, hinterfragt, diskreditiert und schliesslich ignoriert werden. Wenn wir die Grundrechte der zürcherischen Bevölkerung auch im digitalen Raum sichern wollen, dann reicht es nicht, sie in Verordnungen oder technischen Regelwerken zu verstecken. Ein Grundrecht, das nur im Anhang auftaucht, verfehlt seine Wirkung. Wer die digitale Integrität schützen will, drückt sie nicht ins Kleingedruckte am Ende eines dicken Gesetzesbandes, er setzt sie vorne auf den Buchtitel, in die Verfassung. Damit schafft die verfassungsrechtliche Verankerung Orientierung und Vertrauen und sendet ein klares Signal an Verwaltung, Bevölkerung und nicht zuletzt an die Gerichte.

Natürlich stellt sich die Frage, wie der Begriff «digitale Integrität» auszulegen ist. Ein Blick in die anderen Kantone zeigt: Er ist dehnbar, und das ist nicht schlecht. Grundrechte müssen offen formuliert sein, damit sie sich mit der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung weiterentwickeln können. Und falls der Bund, wie von SVP und FDP gewünscht, eines Tages

selbst zu diesem Thema legislieren sollte, werden wir diese Initiative und den daraus gewonnenen Erfahrungsschatz natürlich gerne als Beitrag verstanden wissen.

Der Gegenvorschlag ist – gut schweizerisch – ein Kompromiss. Unbestritten ist das Recht auf Informationssicherheit, das sowohl den Schutz vor missbräuchlicher Datenverarbeitung wie auch vor Datendiebstahl umfasst. Die Formulierung, dass der Kanton für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum sorgt, geht sogar über das hinaus, was etwa in Genf vorgesehen ist. Dort verpflichtet sich der Staat lediglich, digitale Integration und Sensibilisierung der Bevölkerung zu fördern. In welchem Ausmass Zürich hier eigene Verantwortung übernimmt, wird sich in der Umsetzungsvorlage zeigen, sofern es dazu kommt, und ganz sicherlich für Gesprächsstoff sorgen. Etwas zurückhaltender stehen wir der Verankerung eines Anspruchs auf analoge staatliche Dienstleistungen gegenüber. Ohne Ausnahmen wäre dies ein grosser Rückschritt und für uns kaum tragbar. Für uns bleibt das Leitprinzip klar «Digital First». Wenn der ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) meldet, dass 70 Prozent der Billette als E-Tickets gelöst werden, ist das für uns nicht das Ende der Fahnenstange, sondern erst der Anfang. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass gewisse Bevölkerungsgruppen derzeit nicht mithalten können, sei es aus Überforderung, technischen oder finanziellen Gründen. Für diese Übergangsphase braucht es pragmatische analoge Lösungen, das heisst nicht, dass wir die Digitalen zurückbauen müssen. Wir verbleiben in der Hoffnung, dass sich dieser Passus in zehn oder zwanzig Jahren überlebt hat und kein Bedarf nach analogen Lösungen mehr besteht.

Die beiden letzten Punkte des Gegenvorschlags sind für uns zentral. Bereits mit der Motion 329/2022 zum Schutz der Privatsphäre im öffentlichen Raum haben wir auf die zunehmende digitale Überwachung hingewiesen. Wir lehnen eine anlasslose, permanente, flächendeckende Überwachung ab, erkennen aber den Nutzen digitaler Überwachung bei gezielten Einsätzen und sind der Ansicht, dass sie sich auch grundrechtskonform umsetzen lässt. Gerade in den Gemeinden ist die Diskussion omnipräsent und wird dann häufig an die Gerichte delegiert. Dazu ein aktuelles Beispiel des Statthalteramtes des Bezirks Meilen, das die Ansicht vertritt, dass bei einer automatischen Durchfahrtskontrolle anfallende Bilder in Kombination mit einer Halterabfrage der Fahrzeuge die Personen identifizierbar machen, was einen Angriff auf das Recht auf Privatsphäre darstellt. Wir sind der Meinung, dass sich solche Aktionen grundrechtskonform umsetzen lassen müssen und wir hier den Gerichten eine klare Leitlinie vorgeben müssen. Höchste Zeit also, dass wir Klarheit schaffen im Kanton und einheitliche Regeln postulieren. Wir dürfen



diese Fragestellung nicht einfach den Gerichten überlassen, weil wir die Diskussion scheuen. Auf diese Fragen kann nur die Politik antworten, und das heute und nicht erst morgen.

Dasselbe gilt für den Einsatz algorithmischer Entscheidungssysteme, von denen wir uns grosse Effizienzsteigerungen erwarten. Bereits 2021 hat der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Anfrage 248/2021 eine Liste jener Bereiche veröffentlicht, in denen er grosses Potenzial für KI sieht, darunter Kinderschutz, Alimentenhilfe und Strafverfolgung, alles hochsensible Felder. Die Qualität dieser Systeme muss sichergestellt sein, wenn wir sie einsetzen wollen. Ihre Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein und sie müssen regelmässig kontrolliert werden. Mit dem Postulat 323/2022 haben wir genau dies vom Regierungsrat gefordert, nämlich entsprechende Massnahmen aufzuzeigen. Doch bislang fehlt es hier an einem durchgehenden, stringenten Prozess. Das darf nicht sein, hier müssen wir vorwärtsmachen. Der Gegenvorschlag bringt uns hier einen Schritt weiter.

Der Gegenvorschlag tut genau das, was ein moderner Verfassungsartikel tun sollte. Er formuliert klare Prinzipien, ohne falsche Versprechungen zu machen, und er gibt uns als Parlament einen klaren Auftrag, die Digitalisierung weiterzuentwickeln, mit Augenmass, mit Transparenz und mit Respekt vor den Grundrechten. So stärken wir das Vertrauen in den Staat.

Die GLP sagt deshalb Ja zum Gegenvorschlag und lehnt die Initiative ab.

*Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil):* Unter anderem aus folgenden Gründen lehnt auch die Mitte die Volksinitiative für ein Grundrecht auf digitale Integrität ab: einerseits aufgrund eines bereits bestehenden rechtlichen Rahmens – wir haben in der Schweiz bereits heute strenge Datenschutzrichtlinien, die einige der in der Initiative angesprochenen Punkte bereits abdecken –, andererseits wegen der schwierigen Umsetzbarkeit und Praktikabilität. Einige der vorgeschlagenen Rechte, wie beispielsweise das Recht auf Vergessenwerden, werden in der Umsetzung sehr komplex oder sogar unmöglich. Die technische und rechtliche Infrastruktur, die erforderlich wäre, um solche Rechte umfassend und effektiv durchzusetzen, wäre übermässig anspruchsvoll. Dies hätte nicht nur finanziell, sondern auch personell extreme Auswirkungen auf unseren Kanton. Andererseits ist auch ein Recht auf ein Offline-Leben bereits heute praktisch unmöglich. Man denke nur an die Hochschulen und die Universitäten. Zudem besteht die Gefahr eines Übermasses an Regularien. Die Einführung einer Vielzahl spezifischer digitaler Rechte führt zu einer Fragmentierung des Rechtsrahmens, was bestehende Gesetze und Regulierungen verkompliziert und unübersichtlich macht, ohne dass für den Bürger und die Bürgerin ein klarer Mehrwert erbracht werden kann. Zudem werden einige Punkte beispielsweise im Archivgesetz oder in Paragraph 1 des

IDG bereits heute umgesetzt. Des Weiteren sind einige geforderte Punkte Kompetenz des Bundes und nicht des Kantons.

Jedoch sehen wir klar ein, dass das grundsätzliche Anliegen wichtig ist und auch ernstgenommen werden muss. Die Wahrung der Grundrechte soll im digitalen Raum sichergestellt werden. Der Gegenvorschlag nimmt die in der Bevölkerung breit abgestützten Anliegen auf. Aufgrund von ähnlichen Volksabstimmungen in den Kantonen Genf und Neuenburg mit jeweils über 90 Prozent Ja-Stimmen können wir uns sicher sein, dass das Anliegen auch bei uns in Zürich nicht irrelevant ist und von einer Mehrheit unterstützt würde. Deshalb wurde in der STGK grossmehrheitlich ein Gegenvorschlag auch in der Form der allgemeinen Anregung ausgearbeitet. Er ist entsprechend abgeschwächt, sodass er im Vergleich zur Initiative auch umsetzbar ist. Beispielsweise Forderungen, wie das Recht auf Vergessenwerden oder das Recht auf ein Offline-Leben, wurden in ihrer Absolutheit so nicht übernommen. Des Weiteren wird beispielsweise übernommen, dass das Recht bestehen soll, staatliche Leistungen auf analogem Weg in Anspruch zu nehmen. Das Gesetz soll jedoch Ausnahmen vorsehen. Nur so ist es wirklich umsetzbar und auch praktikabel. Zudem wird so das Prinzip «Digital First» der Verwaltung eingehalten.

Deshalb bitten wir auch die – wie sie sich selbst nennen – Spielverderber, zur Vernunft zu kommen und den gemässigten Gegenvorschlag zu unterstützen. Besten Dank.

*Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon):* Die digitale Welt ist nicht für alle gleich zugänglich und sie ist auch nicht für alle gleich sicher. Es braucht neue Rechte für die digitale Integrität, die konkret, verständlich und in der Verfassung verankert sind.

Die EVP lehnt die Initiative ab, weil sie zu weit geht, aber wir teilen die Sorge, die dahintersteht, und unterstützen den Gegenvorschlag der Kommission. Der Gegenvorschlag schafft ein Recht auf Informationssicherheit und sichert analoge Zugänge, wo es sinnvoll und notwendig ist. Er schützt uns auch vor permanenter Überwachung und vor rein algorithmischen Entscheidungen. Das ist ziemlich abstrakt, wird aber konkreter, sobald die Rechte Eingang in Gesetze und Verordnungen finden.

Viele Menschen haben Angst, die Kontrolle über ihre Daten zu verlieren, und spüren Druck, um den Anschluss nicht zu verpassen. Sie wissen, dass ein digitaler Fehltritt ein Leben prägen kann, und viele wissen nicht mehr, wie sie sich im digitalen Raum schützen können. Sie fühlen sich ohnmächtig. Dabei trifft es gerade diejenigen, die ohnehin verletzlich sind. Ältere Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen, wie psychischen oder Suchter-

krankungen, sie laufen Gefahr, von immer mehr digitalen Angeboten ausgeschlossen zu werden, sei es bei den SBB, der Post, aber auch bei der Gemeinde. Natürlich sind das zahlenmässig wenige, aber es sind die besonders Vulnerablen. Darum ist es richtig, analoge Zugänge zu sichern. Aber wir wissen auch: Es ist nicht realistisch, dass jeder Dienst dauerhaft analog bestehen kann. Darum braucht es Lern- und Unterstützungsangebote, wo Menschen ihre digitalen Kompetenzen aufbauen können. Ich denke da zum Beispiel an die Lernstuben im Kanton Zürich. Dort können Menschen ohne Anmeldung kommen, Fragen stellen, gemeinsam Aufgaben am Tablet oder Laptop lösen. Die Lernstuben sind niederschwellig und stärken die Selbstermächtigung.

Auch andere Themen zeigen, wie dringend wir Schutz im digitalen Raum brauchen. Cybermobbing ist bittere Realität, ein Blick in unsere Schulen genügt. Stalking ist eine ernsthafte Bedrohung. Neben neuen Gesetzen braucht es auch viel Aufklärung und konkrete Unterstützung durch Anlaufstellen. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden. Der Gegenvorschlag bringt, was die Initiative verspricht, aber in sinnvoller und umsetzbarer Form.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Die Volksinitiative, die hier vorliegt, stellt eine wichtige Frage in den Raum, insbesondere auch angesichts der schnellen Entwicklung in der Digitalisierung. Für die Alternative Liste gelten Grundrechte grundsätzlich für jeden und auch überall, sei es nun im öffentlichen, privaten oder auch digitalen Raum. Und insbesondere im digitalen Raum geht es darum, dass auch wir weiterhin die Hoheit über unsere Datenidentität haben. Ich kann als Privatperson nicht irgendwo auf der Strasse ein Foto von Ihnen machen und dann einfach benutzen. Dies geht nicht und würde Ihre Grundrechte beschneiden. Und selbst wenn ich Ihnen das für den privaten Gebrauch erlaube, heisst es noch lange nicht, dass Sie dies danach einfach ohne mein Einverständnis irgendwo veröffentlichen können. Das ist Common Sense und sollte daher jedem klar sein. Auf den digitalen Raum übertragen, sollte das Gleiche auch für unsere Daten gelten. Es soll ein Recht auf Informationssicherheit, ein Recht auf die eigenen Daten geben, und dies auch bei staatlichem Handeln. Denn wer will schon seine eigene Krankheitsgeschichte am Ende im Internet nachlesen können, nur weil dies nicht genug ernstgenommen wurde. Auch soll der Staat in seinem Handeln für alle zugänglich sein, auch für Leute, die nicht alle ihre Daten online preisgeben wollen. Ich könnte diese Punkte hier ausbreiten und müsste für das Big Picture daher auch einen Blick auf das Handeln von diversen Grosskonzernen im Internet legen. Jedoch sind wir hier auf kantonaler Ebene und dies alles

betrifft, wie bereits von diversen Vorrednerinnen und Vorrednern ausgeführt, Bundesrecht. Da können wir wohl manche Erwartungen in dieser Initiative auf kantonaler Ebene nicht erfüllen.

Es ist für uns positiv zu sehen, dass auch eine entsprechende Mehrheit, unter Abstrich der üblichen bürgerlichen Neinsager der STGK, die Wichtigkeit des Themas erkannt und einen entsprechenden Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Dieser Gegenvorschlag greift die Anliegen der Initiative mehrheitlich auf, und auch wir von der AL können diesen unterstützen. Wir werden daher den Gegenvorschlag sowie im Übrigen auch die Initiative entsprechend unterstützen. Auch wenn diese nicht perfekt ist, geht sie trotzdem in die richtige Richtung und verdient daher auch unsere Stimmen.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Ich war jüngst an der Landsgemeinde in Glarus und habe gelernt, dass man sich so wenig wie möglich wiederholen sollte bei Debatten, und ich werde mich bemühen, das hier zu tun.

Gleichwohl, der Regierungsrat nimmt das Anliegen dieser Initiative sehr ernst, die Grundrechte auch in einer zunehmend digitalisierten Welt ausreichend zu schützen. Er dankt deshalb auch der STGK für die sorgfältige Behandlung der Initiative, der mehrheitlich unterstützte Gegenvorschlag ist Ausdruck davon. In zahlreichen Gesetzesprojekten und konkreten Verwaltungsprozessen stellt der Regierungsrat in der Praxis unter Beweis, dass dies keine leeren Worte sind.

Zur Initiative: Ich greife hier nur nochmals zwei Punkte aus der Initiative heraus, weil sich diese besonders gut eignen, das Problem der Initiative zu veranschaulichen. Einerseits das Recht auf Vergessenwerden: Der Initiative hängt nach, dass sie komplett absolut formuliert. Sie formuliert das Recht auf Vergessenwerden in einer absoluten Form – ohne irgendwelche Einschränkungen. Damit steht sie dem üblichen Gesetzgebungsprozess und auch dem verfassungsgebenden Prozess entgegen, weil dieser immer darauf ausgerichtet ist, Interessenabwägungen zu machen. Eine dermassen absolute Forderung wie das Recht auf Vergessenwerden steht beispielsweise dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger entgegen, dass das staatliche Handeln auch für zukünftige Generationen nachvollziehbar dokumentiert werden muss. Und dazu sind Akten notwendig. Wir hätten zum Beispiel die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, also die Geschichte der Betroffenen von Versorgungen, vor allem administrativen Versorgungen, nicht aufarbeiten können, wenn dazu keine Akten vorhanden gewesen wären und wenn da das Recht auf Vergessenwerden absolut umgesetzt worden wäre. Also das Archivgesetz mit seiner Vorgabe, staatliches Handeln auch für die Zukunft nachvollziehbar zu machen und zu diesem Zwecke auch Ak-

ten zu archivieren, die das dann möglich machen, steht diesem absolut formulierten Recht auf Vergessenwerden entgegen und muss in einem Gesetzgebungsprozess eben abgewogen werden. Das tun wir mit Schutzfristen, die im Archivgesetz festgelegt sind. Wir tun es mit der Bestimmung, dass alles, was nicht als Akten im Staatsarchiv hinterlegt werden wird, zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt vernichtet werden muss. Wir tun es auch, indem das Staatsarchiv den Auftrag hat, nur so viele Akten zu archivieren, die nötig sind, um das staatliche Handeln exemplarisch nachvollziehbar zu machen. Wir müssen also nicht alles aufbewahren. Das wiederum stösst dann auch wieder auf Kritik, wenn man dann bei der Forschung feststellt, dass eben nicht alle Menschen ihr Schicksal in den Akten wiederfinden, weil eben tatsächlich auch Akten vernichtet worden sind. Also all diese Debatten zeigen auf, wie dieses absolut formulierte Recht im Widerspruch zu anderen sehr realen Bedürfnissen steht.

Zweiter Punkt, Offline-Leben: Informationen aus dem Kanton Genf haben gezeigt, dass dort diese Initiative vor allem so verstanden wurde, dass diese Formulierung des Rechts auf Offline-Leben darin besteht, dass man das Recht hat, als Angestellte auch mal nicht online zu sein, also dass man auch mal ein Wochenende haben kann. So wie es aber formuliert ist und wenn man es so ernst nimmt, könnte es zum Beispiel nicht mehr möglich sein, Anmeldeprozesse an der Universität grundsätzlich online zu gestalten. Es wäre also nötig, dass jemand auch in einer vollkommenen Online-Realität offline studieren können kann. Das heisst, sich physisch anmelden zu können, nicht an Online-Vorlesungen teilnehmen zu müssen, keine Online-Prüfungen absolvieren zu müssen, all dies wäre auch analog anzubieten. Andere Bereiche betrifft das ebenfalls, und das zeigt, dass auch das in dieser absoluten Form nicht umsetzbar ist. Diese beiden Beispiele, das Recht auf Vergessenwerden und das Offline-Leben, als Beispiele aller Forderungen, haben den Regierungsrat dazu bewogen, die Initiative abzulehnen.

Nun haben Sie einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der mehrheitlich unterstützt wird, und dieser hat ganz offensichtliche Vorteile: Erstens beschränkt er sich auf den kantonsbezogenen Regelungsbedarf, das wurde auch mehrmals gesagt, dass das die Initiative nicht tut. Und andererseits macht er eben genau in verschiedenen Formulierungen solche Abwägungen dann auch möglich, weil Ausnahmen möglich sind, weil es «in der Regel» heisst und nicht absolut formuliert ist. Das ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, denn es ist ja eine allgemeine Anregung. Und sollte entweder Initiative oder Gegenvorschlag angenommen werden, müsste daraus ja dann noch eine definitive Verfassungsformulierung erarbeitet werden, und diese müsste auf diese etwas grössere Flexibilität eingehen können.

Doch auch bei diesen Fragen, die sich hier stellen, all diesen Fragen, wie wir unsere Grundrechte in der digitalisierten Welt schützen, müssen wir uns immer wieder bewusst sein: Die Musik spielt in der Gesetzgebung, weil hier genau diese Abwägung passiert, von der ich vorhin gesprochen habe, in der Archivgesetzgebung, in der Gesetzgebung zum IDG, in der Gesetzgebung zu DigiLex (*Rechtliche Grundlagen elektronischer Geschäftsverkehr*), in der Gesetzgebung zu den digitalen Basisdiensten, aber auch in der Gesetzgebung der Strafverfolgung, im Polizeigesetz, in den Bildungsgesetzen und anderswo. Dort können diese Abwägungen eben gemacht werden, dort kann entschieden und per Referendum auch dem Volk unterbreitet werden. Wie viele Instrumente sollen die Strafverfolgungsbehörden in die Hand bekommen, um dem Organisierten Verbrechen Herr zu werden? Und wie viel steht von diesen Instrumenten im Widerspruch zu den Grundrechten der allgemeinen Bevölkerung? Es gibt hier kein Schwarz und Weiss, es müssen Abwägungen gemacht werden, und das ist die Aufgabe der Parlamente, also von Ihnen. Und dass wir das weiterhin tun können und dass wir das weiterhin tun müssen, dafür müssen wir eine Verfassungsgrundlage haben, die uns daran nicht hindert. Und die Initiative würde uns an diesen Abwägungen hindern. Ich gebe der Sprecherin der SP recht, es gibt Lücken in diesem Bereich, gesetzliche Lücken, die geschlossen werden müssen, weil die Technologie so rasch voranschreitet, dass die Gesetzgebung Mühe hat, hier nachzukommen. Aber zum Beispiel das neue Polizeigesetz ist Ausdruck davon, dass diese Lücken geschlossen werden sollen – im demokratischen Prozess. Es ist Aufgabe der demokratischen Auseinandersetzung, auch hier Abwägungen vorzunehmen.

Braucht es eine zusätzliche verfassungsrechtliche Bestimmung zu den digitalen Grundrechten? Hilft eine solche zusätzliche Verfassungsbestimmung bei diesen konkreten Gesetzgebungsprozessen, bei diesen Abwägungen? Das ist eine offene Frage. Man kann daran glauben, man kann aber auch der Überzeugung sein, dass die bisher formulierten Grundrechte auch für den digitalen Raum ausreichend sind. Dieser Entscheid liegt in Ihren Händen.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Mit dem Votum von Regierungsrätin Fehr ist die Grundsatzdebatte abgeschlossen.

Ich nutze die Gelegenheit und begrüsse zwei Klassen der Sekundarschule Friedrichstrasse aus Zürich bei uns im Kantonsrat. Wir freuen uns über euren Besuch und über das Interesse am Kantonsrat.

Wir kommen nun zum Eintreten auf den Gegenvorschlag, den Teil B der Vorlage. Es liegt ein Minderheitsantrag von Roman Schmid und Mitunterzeichneten vor, auf den Gegenvorschlag nicht einzutreten.

*Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Roman Schmid gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf den Gegenvorschlag einzutreten.**

*Detailberatung des Gegenvorschlags, Teil B der Vorlage*

*Ratspräsident Beat Habegger:* Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

*Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Gegenvorschlag zuzustimmen.**

*Detailberatung von Teil A der Vorlage**Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ziff. I*

*Ratspräsident Beat Habegger:* Die vorberatende Kommission beantragt, die Volksinitiative abzulehnen. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall.

*Abstimmung über Ziff. I*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 170 : 5 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Volksinitiative abzulehnen.**

*Ziff. II*

*Ratspräsident Beat Habegger:* Über den Gegenvorschlag haben wir ja bereits entschieden.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ziff. III–V*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

#### **4. Gemeindegesetz (GG), Änderung, Veröffentlichung bedeutender gebundener Ausgaben auf Gemeindeebene**

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 23. August 2024  
KR-Nr. 210a/2021

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK):* Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend «Veröffentlichung voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» von SVP-Altkantonsrat und STGK-Mitglied Diego Bonato anzunehmen. Die Gemeinden sollen Bewilligungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung veröffentlichen, dies schafft Transparenz und Rechtssicherheit. Während der Beratungen hat die Kommission Anpassungen an der Vorlage vorgenommen. Diese betreffen die Ablehnung der vorgeschlagenen Regelung, wonach Gemeinden in der Gemeindeordnung die Beitragshöhe für die Veröffentlichung von gebundenen Ausgaben festlegen dürfen, sowie die ursprünglich vorgesehene Rechtsmittelfrist von 30 Tagen. Damit hat die STGK Rückmeldungen aus der Vernehmlassung sowie Änderungen des Regierungsrates berücksichtigt.

Vielen Dank, wenn Sie heute der einstimmigen STGK folgen.

*Christian Pfaller (SVP, Bassersdorf):* Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die parlamentarische Initiative betreffend die Veröffentlichung bedeutender gebundener Ausgaben auf Gemeindeebene. Wir begrüßen den Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden, STGK, diese PI anzunehmen, da sie Transparenz und Rechtssicherheit schafft. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Gemeinden Verpflichtungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe veröffentlichen, und zwar mit einer kurzen Begründung und Rechtsmittelbelehrung. Dies schafft Transparenz und ermöglicht den Stimmberechtigten, besser informiert zu sein und sich aktiv an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Anpassungen der STGK an der Vorlage, insbesondere die Ablehnung der Regelung, wonach Gemeinden in der Gemeindeordnung die Betragshöhe für die Veröffentlichung von gebundenen Ausgaben festlegen dürfen, sowie die ursprünglich vorgesehene Rechtsmit-



telfrist von 30 Tagen, werden von uns unterstützt. Diese Anpassungen berücksichtigen Rückmeldungen aus der Vernehmlassung sowie Änderungen des Regierungsrates.

Die SVP/EDU-Fraktion sieht in dieser PI ein wichtiges Zeichen für mehr Transparenz bei politischen Geschäften auf Gemeindeebene. Wir unterstützen den Antrag der STGK und werden die PI annehmen.

*Nicola Yuste (SP, Zürich):* Wir machen keinen Hehl daraus, die SP war nicht von Anfang an begeistert vom Anliegen dieser PI, welche die Gemeinden zur Offenlegung der bedeutenden gebundenen Ausgaben, inklusive der Begründung ihrer Gebundenheit und einem Hinweis auf das Rechtsmittel, verpflichten will. Insbesondere die Begründung, dass ohne eine solche Gesetzesänderung die Gemeinden die Gebundenheit von bedeutenden Ausgaben allzu leichtfertig annehmen, konnte uns nicht überzeugen, da in ihr ein grundsätzliches Misstrauen, ein Generalverdacht gegenüber den Gemeindevorständinnen und -vorstände mitschwingt, der fehl am Platz ist. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Kanton Zürich, auch was die Bewilligung von gebundenen Ausgaben angeht, pflichtbewusst und seriös arbeiten. Im Grundsatz unterstützt die SP aber das Anliegen, dass die Gemeindefinanzen so transparent und verständlich wie möglich sein sollten. Gebundene Ausgaben sind mit einer einheitlichen und transparenten Praxis besser nachvollziehbar und erwecken gegenüber der Stimmbevölkerung nicht den Eindruck, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die Gebundenheit von Ausgaben wird durch diese Transparenz und die Rekursfähigkeit demokratisch besser abgestützt.

Wir unterstützen ebenfalls den Entscheid der STGK, im Zuge der Beratungen gemäss den Empfehlungen der Regierung eine Regelung aus der ursprünglichen PI zu entfernen, wonach Gemeinden frei festlegen können, ab welchen Beträgen gebundene Ausgaben festgelegt werden dürfen. Hierfür soll die Finanzreferendumshöhe massgebend sein.

Kurzum, wir unterstützen trotz anfänglicher Zweifel die veränderte PI gemäss Antrag der STGK und treten auf die Vorlage ein. Da viele Gemeinden ihre Beschlüsse über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe unter Angabe einer Rechtsmittelbelehrung bereits in der Vergangenheit veröffentlicht haben, entspricht die Vorlage aber weitestgehend gelebter Praxis im Kanton Zürich.

Ich werde jetzt bereits vorwegnehmen, da ich nicht noch einmal zum Thema der gebundenen Ausgaben sprechen werde – nur schon, weil es wirklich ein Zungenbrecher ist –, dass die SP wie die Mehrheit der STGK die übrigen PI 211/2021 und 212/2021 (*die nächsten beiden Traktanden*) ablehnt, wonach

einerseits voraussehbare gebundene Ausgaben im Budget gesondert gekennzeichnet und andererseits bestimmte Kategorien von Ausgaben im Anhang der Jahresrechnung gesondert dargestellt werden sollen. Wir sind mit der Regierung einig, dass die bestehenden Regelungen zur Kennzeichnung von Ausgaben in Budget und Jahresrechnung ausreichen, und sehen weder Missstand noch politischen Handlungsbedarf. Vielen Dank.

*Fabian Müller (FDP, Rüslikon):* Wir haben es gehört, die Kommission empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig, also auch mit der Unterstützung der FDP, der vorliegenden abgeänderten PI – und nur dieser – zuzustimmen; nur dieser, weil die PI eben als Teil eines Dreierpakets eingereicht und beraten wurde, wobei wir die Vorlagen zwei und drei – wir werden es dann noch sehen – ablehnen werden. Der abgeänderten ersten Vorlage – also auch da musste reichlich nachgebessert werden –, dieser ersten abgeänderten Vorlage stimmen wir schlussendlich aber zu. Bei diesem Strauss von Vorstössen war am Anfang nicht ganz klar, ob sich daraus überhaupt die eine oder andere positive Neuerung herausdestillieren lassen würde. Wir dürfen aber konstatieren. Der Kommissionsarbeit und viel gutem Willen sei Dank, gibt es nun tatsächlich eine solche Neuerung, wenn auch keine weltbewegende. Nicht weltbewegend ist es, weil schon heute gebundene Ausgaben in der Finanzreferendumshöhe, also solche, die die Finanzkompetenzen des bewilligenden Organs übersteigen würden, wenn sie denn nicht gebunden wären, publiziert werden müssen. Eine solche Informationspflicht ergibt sich aus dem Gemeindegesetz, in Verbindung mit dem IDG (*Gesetz über die Information und den Datenschutz*). Der Kanton hat die Gemeinden über diese Pflicht auch immer wieder informiert, und die Gemeinden kommen dem auch nach. Neu ist, dass gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit Rechtsmittelbelehrung publiziert werden müssen, und das ist auch durchaus sinnvoll, zumal die Stimmberechtigten schon heute das Recht haben, die Qualifikation einer gebundenen Ausgabe überprüfen zu lassen. Mit dem neuen Passus wird dies einfach noch einen Tick klarer, dies wie auch der Umstand, dass nur das Instrument der Stimmrechtsbeschwerde mit der im Moment noch fünftägigen Frist Bestandteil einer solchen Rechtsmittelbelehrung sein kann. Und auch die Gemeindeordnungen müssen nicht angepasst werden, dies im Gegensatz zur ursprünglichen PI. Und somit leistet der neue, bereinigte Passus tatsächlich einen Beitrag zur Transparenz und Rechtssicherheit im Umgang mit gebundenen Ausgaben, eine Angelegenheit, mit der die Gemeinden in aller Regel heute schon gewissenhaft und sorgfältig umgehen.

*Gabriel Mäder (GLP, Adliswil):* Ich spreche auch gleich zu den Geschäften 210/2021, 211/2021 und 212/2021: Bürokratie, Mehraufwand, Gemeindeautonomie, es sind immer die gleichen Schlagworte, die ins Feld geführt werden, wenn es darum geht, mehr Transparenz zu schaffen, respektive weshalb es eben doch nicht möglich sein soll, Transparenz zu schaffen. Aber Transparenz ist ein zentrales Element einer modernen und bürgernahen Demokratie. Und wenn es um gebundene Ausgaben auf Gemeindeebene geht, dürfen wir uns nicht mit dem Status quo zufriedengeben. Heute werden in vielen Gemeinden gebundene Ausgaben ohne ausreichende öffentliche Kontrolle beschlossen, ein Umstand, der nicht nur das Vertrauen in die Politik schwächt, sondern auch eine effektive demokratische Mitsprache erschwert. Der moderne Bürger wundert sich halt eben schon, wie es sein kann, dass Millionen für Investitionen ausgegeben werden können, ohne dass sich die Bevölkerung dazu einbringen kann, es dann aber zu viel Aufwand sein soll, ein Verzeichnis der gebundenen Ausgaben zu führen; und das im Jahr 2025, ein Jahr bevor das DigiLex (*Rechtliche Grundlagen elektronischer Geschäftsverkehr*) eingeführt wird und jeder Rechtsverkehr mit der Verwaltung elektronisch erfolgen können müsste. Umso mehr freuen wir uns über die breite Zustimmung der von uns miteingereichten PI, die die Gemeinden verpflichtet, ab einer gewissen Finanzschwelle bedeutende gebundene Ausgaben zu veröffentlichen, inklusive einer klaren Begründung der Gebundenheit und einer Rechtsmittelbelehrung für die Bevölkerung.

Dass die Fünf-Tages-Frist Bestand hat und nicht erweitert wird, ist im Rahmen der digitalen Umsetzung der Eingaben, die ab nächstem Jahr möglich sein soll, für uns durchaus ausreichend. Dies schafft Rechtsklarheit, stärkt die demokratische Kontrolle und verhindert Missbrauch. Damit ist für uns zumindest ein Etappenziel erreicht.

Dass wir die PI betreffend die Schaffung von Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene ganz alleine unterstützen, obwohl selbst das Gemeindeamt aus Transparenzgründen die Veröffentlichung eines solchen Verzeichnisses für gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe empfiehlt, erstaunt uns doch etwas. Und lassen Sie mich dies nochmals sehr explizit hervorheben, denn ich gehe stark davon aus, dass wir in diesem Rat sicherlich in Kürze nochmal auf das Spannungsfeld «Gemeindeautonomie und Transparenz» zu sprechen kommen werden. Die Regierung, die SVP und SP und allenfalls einige der übrigen Parteien sind hierzu der Ansicht, dass die Gemeindeautonomie zu wahren sei, die Gemeinden sollen selbst über die Transparenz entscheiden können. Den Stimmberechtigten wird aufgetragen, ein solches Verzeichnis mittels Anfrage oder über eine Initiative zur Änderung der Gemeindeordnung ein-

zufordern. Den Aspekt, dass die Gemeindeautonomie mehr Transparenz ermöglichen soll, begrüßen wir explizit. Aber anstatt Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht zu nehmen, sollte das Erstellen eines solchen Verzeichnisses eine Selbstverständlichkeit sein. Für die GLP darf im heutigen Zeitalter der Digitalisierung der Argumentation des Mehraufwands bei solch rein administrativen Handlungen, bei denen es um einen reinen Zusammenzug von bestehenden Informationen aus einem Verwaltungssystem geht, keine Bedeutung mehr zukommen. Wir sind der Ansicht, dass dieses Prinzip 180 Grad auf den Kopf gestellt werden sollte und die Vorgabe, das heisst der Standard, das Erstellen eines Verzeichnisses sein sollte und die Gemeinde ihre Bürger und Bürgerinnen bitten könnte, auf die Erstellung zu verzichten. So verstehen wir Service public im Rahmen unseres Kantonsratsmandates als Vertreter der Bevölkerung.

Aus diesem Grund unterstützen wir die PI 212/2021 weiterhin wie auch 210/2021 und lehnen 211/2021 ab. Besten Dank.

*Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich):* Auch ich werde nur einmal zu den Traktanden 4 bis 6, sprich zu allen drei Geschäften hinsichtlich gebundener Ausgaben auf Gemeindeebene, sprechen. In der Ratsdebatte vom 28. Februar 2022 hatten wir Grüne die PI 210/2021, «Veröffentlichung bedeutender gebundener Ausgabe auf Gemeindeebene», vorläufig unterstützt, die beiden anderen parlamentarischen Initiativen jedoch nicht. Dementsprechend begrüßen wir auch die Ablehnungsanträge der STGK zu PI 211/2021 und 212/2021. Gerade das Aufbereiten der gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung wäre für grössere Gemeinden wie die Stadt Zürich ein riesiger bürokratischer Aufwand bei wahrscheinlich doch eher überschaubarem Nutzen. Dass diese Vorstösse von der SVP und der GLP eingereicht wurden, ist vor diesem Hintergrund doch eher erstaunlich. Ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission sind aber mehrheitlich zur Vernunft gekommen. Die von der Kommission beschlossene Änderung des Gemeindegesetzes begrüßen wir Grüne. Gemeinden sollen künftig Bewilligungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung veröffentlichen. Diese Praxis – wir haben es bereits gehört – wird schon heute von zahlreichen Gemeinden gelebt, es ändert sich also nicht allzu viel. Eine Verpflichtung aller Gemeinden ist somit zumutbar und sollte einen überschaubaren Aufwand nach sich ziehen, insbesondere, da die Beschlüsse in elektronischer Form publiziert werden können. Wir Grüne stimmen der abgeänderten PI 210/2021 zu und lehnen die beiden anderen PI ab. Besten Dank.

*Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil):* Gemeinden sollen Bewilligungen über gebundene Ausgaben in Finanzreferendumshöhe mit kurzer Begründung und Rechtsmittelbelehrung veröffentlichen. Gemäss Artikel 49 der Zürcher Kantonsverfassung und Paragraf 14 des IDG informieren die Behörden von sich aus oder auf Anfrage über ihre Tätigkeit, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen. Die öffentlichen Organe sind verpflichtet, wichtige Informationen über die Tätigkeit jeweils von sich aus zu publizieren. Darunter fallen die Informationen von öffentlichem Interesse, die für die Meinungsbildung sowie für die Wahrung der demokratischen und rechtsstaatlichen Belange wichtig sind. In den allermeisten Fällen ist die Offenlegung ja unbestritten.

Unabhängig der bereits bestehenden Vorschriften wird auch die Mitte der vorliegenden PI zustimmen, um die Transparenz noch weiter zu erhöhen. Wir begrüssen auch die in der Kommission vorgenommenen Anpassungen, wie beispielsweise die der freien Festsetzung der Betragshöhe in der Gemeindeordnung.

Die nächsten beiden Traktanden PI 211/2021, «Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene», und PI 212/2021, «Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene», die wir bereits im Jahr 2022 nicht vorläufig unterstützt haben, lehnen wir ab. Besten Dank.

*Andrea Grosse-Aerni (EVP, Wetzikon):* Wir teilen den Antrag der Kommission. Zudem möchten wir einen Punkt hervorheben, der der EVP besonders wichtig ist: Bei der Veröffentlichung von Entscheidungen muss der Schutz der betroffenen Personen immer gewährleistet sein und darf niemals der Transparenz geopfert werden. Die EVP stimmt der parlamentarischen Initiative zu.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Ich spreche gleich zu allen drei Vorlagen, die vor einigen Jahren als Multipack eingereicht wurden. Kurz zusammengefasst geht es um das Sichtbarmachen und die Begründung von gebundenen Ausgaben auf Gemeindeebene für Bürgerinnen und Bürger. Altkantonsrat Markus Bischoff hat damals bei der Behandlung der drei Vorstösse vom «Kronjuwel oppositioneller Gemeindepolitik» gesprochen, weil gebundene und nicht gebundene Ausgaben nicht immer messerscharf definierbar und abgrenzbar sind und vor allem auch die Exekutive ein Interesse daran hat, gebundene Ausgaben breit zu definieren, sodass sie freie Hand hat, während die Opposition dies natürlich sehr oft anders sieht. Die Alternative Liste hat damals den ersten der drei Vorstösse, nämlich die Vorlage 210/2021, im

Sinne der Transparenz und der Bürger- und Bürgerinnenfreundlichkeit unterstützt. Die beiden anderen Vorstösse lehnte die Alternative Liste ab, weil sie einzig einen Beitrag zur Aufblähung der Bürokratie leisteten. Und wie Sie ja wissen, kann zu viel Bürokratie bekanntlich die Transparenz vernebeln. Die Alternative Liste macht sich seit ihrer Gründung für Transparenz stark. Wir stimmen darum der Vorlage 210a/2021 zu und lehnen die beiden anderen PI ab. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Urs Glättli (GLP, Winterthur):* Als Winterthurer Kantonsrat und vor allem persönlich freut es mich sehr, wenn wir heute den Teppich kantonsweit ausrollen, damit bedeutende gebundene Ausgaben mit Begründung ihrer Gebundenheit inskünftig publiziert werden. Das ist ein Gewinn für Checks and Balances auf Gemeindeebene. Die konzentrierte Befugnis oder besser gesagt die konzentrierte Macht, über die Gebundenheit oder Ungebundenheit einer Ausgabe, zusammen mit der Bewilligung derselben durch dieselbe Behörde, entscheiden zu dürfen, bekommt neu ein entscheidendes Korrektiv: einen transparenten und begründeten Entscheid. Es muss also die rechtliche Grundlage genannt werden, worauf sich die Ausgabe stützt, und es muss begründet werden, warum sachlich, örtlich und zeitlich kein erheblicher Entscheidungsspielraum besteht, sodass die Ausgabe gebunden und, versehen mit Rechtsmittelbelehrung, bewilligt werden kann. Es ist gerade nicht so, dass das einer heute breiten Praxis entspricht, ganz sicher nicht. Damit geben wir für einmal nichts an die Grossstadt Winterthur, sondern kopieren und vervielfältigen etwas aus Winterthur. Wir führen dasjenige Modell kantonsweit ein, das dort 2018 grünliberal initiiert wurde. Ich hätte nie gedacht, dass mein damaliger Vorstoss im Stadtparlament hier kantonsweit Schule machen wird. Es ist schön zu erfahren, dass man politisch etwas bewirken kann, wenn dafür die nötigen politischen Brücken entwickelt und auf tragfähigem Fundament gebaut werden kann. Schön, dass das Herr Bonato so aufgenommen und die SVP für konstruktive Politik Hand geboten hat. Noch schöner, wenn nun dem Antrag der Kommission breit zugestimmt wird. Freude herrscht, besten Dank.

#### *Eintreten*

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

#### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

*I. Das Gemeindegesetz vom 20. April 2015 wird wie folgt geändert:*

*Marginalie zu § 105*

## § 105a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Damit ist die Vorlage materiell durchberaten und geht an die Redaktionskommission.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

## **5. Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene**

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 26. April 2024  
KR-Nr. 211a/2021

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK):* Die STGK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative von SVP-Altkantonsrat Diego Bonato betreffend «Vermerk voraussehbarer gebundener Ausgaben im Budget auf Gemeindeebene» abzulehnen. Mit der PI wird eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben mittels Vermerken und Verzeichnissen im Budget gesondert dargestellt werden. Der Kommission erscheint der Aufwand für das Anbringen der geforderten Vermerke und die Erstellung der gesonderten Verzeichnisse im Budget nicht gerechtfertigt, das Begehren der PI schafft aus ihrer Sicht keinen Mehrwert. Diese Meinung vertritt auch der Regierungsrat und hält in seiner Stellungnahme fest, dass die Gemeindegesetzgebung bereits Regelungen enthalte, wie bestimmte Ausgabenkategorien im Budget und in der Jahresrechnung veröffentlicht werden müssen.

Bitte folgen Sie auch hier dem Antrag der einstimmigen STGK und lehnen Sie die PI ab. Besten Dank.

*Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon):* Die parlamentarische Initiative bedeutet nicht nur mehr Aufwand. Zudem ist die Vorabfestlegung der Gebundenheit von Ausgaben wenig sinnvoll. Gebundenheit ist oft ein Ergebnis von Aushandlung und Entwicklung. Die Forderung wäre auch in der Praxis kaum umsetzbar. Viele Entscheidungen können erst im Rahmen konkreter Kreditvorlagen vertieft geprüft werden. Die EVP lehnt deshalb die parlamentarische Initiative ab.

*Christian Pfaller (SVP, Bassersdorf):* Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die parlamentarische Initiative 211/2021 ab. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort dargelegt, dass die bestehenden Regelungen im Gemeindegesetz und in der Gemeindeverordnung bereits ausreichend Transparenz schaffen. Das Gemeindegesetz verpflichtet die Gemeinden, im Budget Kredite mit einem Sperrvermerk zu versehen, wenn noch kein entsprechender Beschluss der Legislative vorliegt, und in der Jahresrechnung ein Verzeichnis der Verpflichtungskredite zu erstellen. Die PI würde unnötigen Mehraufwand schaffen und die Gemeindeautonomie weiter einschränken, ohne einen erkennbaren Mehrwert für die Stimmberechtigten zu bieten.

Zusammenfassend sehen wir keinen Mehrwert in der PI, die SVP/EDU-Fraktion folgt der Empfehlung der STGK und lehnt die PI ab.

*Fabian Müller (FDP, Rüschlikon):* Auch diese zweite Vorlage setzt sich zum Ziel, mehr Transparenz im Umgang mit gebundenen Ausgaben herbeizuführen und auch – das hat der Initiant immer und immer wieder betont – einer allzu extensiven Auslegung der Begrifflichkeit «gebundene Ausgabe» Einhalt zu gebieten. Nun könnte es durchaus sein, dass sich hier, ausgehend von einem an sich hehren Anliegen, ein gewisser Überreifer entwickelt haben könnte, um ja mit jedem Mittel heutigen und eventuellen künftigen ungeRechtfertigten gebundenen Ausgaben auch schon präventiv im Budget den Garaus zu machen. Das kann in der hier vorgeschlagenen Form nicht erreicht werden; erstens nicht, weil in Gemeinden ein sehr beträchtlicher Teil des Aufwands gebunden ist und somit eine sehr grosse Zahl an Vermerken angebracht werden müsste, insbesondere in der Erfolgsrechnung und gar nicht so sehr in der Investitionsrechnung, weil Gemeinden in praktisch allen Politikbereichen zur Vornahme gewisser Ausgaben verpflichtet sind, vom Sozialen über die Bildung bis hin zur allgemeinen Verwaltung und vielem mehr. Es wäre also mit einer unübersichtlichen Zahl an Gebundenheitsvermerken zu rechnen, dies nebst den bereits existierenden und bewährten Sperrvermerken. Die bereits heute sehr umfangreichen Budgetunterlagen müssten mit viel zusätzlichem Kleingedruckten versehen werden, was die Leserschaft in der Manier von Disclaimern, wie wir sie etwa zur Finanzdienstleistungsindustrie kennen, eher verwirren als orientieren dürfte.

Zweitens wäre die Gesetzesänderung nicht praktikabel, weil die Frage der Gebundenheit gewisser Ausgaben zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch gar nicht abschliessend beantwortet werden kann und weitere Ausgaben zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht bekannt sein können, es sei denn, die Vorstände verfügten über seherische Fähigkeiten und könnten etwa Wasserleitungsbrüche oder Unwetter vorausahnen. Es könnte also so oder so nur ein



Teil – eben der voraussehbare – überhaupt erfasst werden, das Unterfangen bliebe unvollständig.

Wir glauben, dass das hier avisierte Anliegen in dieser Vorlage nicht ziel führend umgesetzt werden kann, und bitten Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Die Kommissionsmehrheit hat den Antrag auf Ablehnung der PI gestellt. Dies ist einem Antrag auf Nicht-Eintreten gleichzustellen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 167 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die PI 211/2021 abzulehnen.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **6. Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene**

Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 26. April 2024

KR-Nr. 212a/2021

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK):* Nun kommen wir zur dritten und letzten PI aus diesem «Päckli» (*gemeint sind KR-Nrn. 210/2021 und 211/2021*). Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 2 Stimmen, die parlamentarische Initiative betreffend «Transparenz für die Legislative zu gebundenen Ausgaben in der Jahresrechnung auf Gemeindeebene» abzulehnen.

Mit der PI wird eine Änderung des Gemeindegesetzes verlangt, damit bestimmte Kategorien von Ausgaben im Anhang der Jahresrechnung mittels Verzeichnissen gesondert dargestellt werden. Die Kommissionsmehrheit teilt die Ausführungen des Regierungsrates, wonach der Aufwand den Nutzen übersteigt. Da weder ein Missstand noch eine gewichtige Transparenzlücke in Bezug auf die Jahresrechnung besteht, sieht die Kommission keine Veranlassung, die Gemeindeautonomie einzuschränken.

Die Minderheit stellt keinen Antrag, betont aber, dass trotz der bereits bestehenden Möglichkeit, die Angaben freiwillig zu machen, eine gesamtkantonale Regelung im Sinne der Transparenz wünschenswert und einfacher sei.

Besten Dank, wenn Sie sich auch hier der Mehrheit der Kommission anschliessen und die PI ablehnen.

*Christian Pfaller (SVP, Bassersdorf):* Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die PI ab, da der Regierungsrat in seiner Antwort ausführlich dargelegt hat, dass die bestehenden Regelungen im Gemeindegesetz und in der Gemeindeverordnung bereits ausreichend Transparenz schaffen. Gemäss Gemeindegesetz sind die Gemeinden heute schon verpflichtet, Kredite im Budget mit einem Sperrvermerk zu versehen, wenn noch kein entsprechender Beschluss der Legislative vorliegt. Zudem schreibt die Gemeindeverordnung vor, dass ein Verzeichnis der Verpflichtungskredite in den Anhang der Jahresrechnung aufzunehmen ist. Diese Vorgaben gewährleisten bereits heute die notwendige Transparenz und werden von den Gemeinden ohne Weiteres umgesetzt. Die vorliegende PI möchte die Gemeinden jedoch verpflichten, im Anhang der Jahresrechnung zusätzlich Verzeichnisse zu veröffentlichen, was einen unnötigen Mehraufwand schafft und die Gemeindeautonomie noch weiter einschränken würde. Ein solcher Eingriff ist aus unserer Sicht weder gerechtfertigt noch notwendig, da keine gewichtige Transparenzlücke besteht. Eine Auflistung der genehmigten Budgetkredite würde kaum einen Mehrwert schaffen.

Die SVP/EDU-Fraktion folgt der Empfehlung der STGK und lehnt die PI ab.

*Fabian Müller (FDP, Rüschlikon):* Wenn das Sprichwort vom «steten Tropfen» in der letzten STGK-Legislatur irgendwo einen tieferen Sinn entfalten konnte, dann in der Beschäftigung des Initianten (*Altkantonsrat Diego Bonato*) mit dem Umgang der Gemeinden mit gebundenen Ausgaben. Im ersten Fall (*KR-Nr. 210/2021*) hatte das ja auch durchaus Erfolg, das wird hier im dritten Geschäft vermutlich nicht der Fall sein. Hier geht es um Verzeichnisse, die eingefordert werden. Diese umfassen drei Kategorien: Budgetkredite, Verpflichtungskredite und gebundene Ausgabenbeschlüsse; dies jeweils, wenn die Betragsgrenzen über den Finanzkompetenzen des Gemeindevorstands liegen. Und wenn wir diese Punkte ein bisschen genauer anschauen, dann beweist sich derjenige, der die Budgetkredite betrifft, als der wohl rätselhafteste. Es wird nicht so recht ersichtlich, inwiefern das geforderte Verzeichnis die Transparenz erhöhen würde, da ja alle im Budget enthaltenen Kredite als genehmigte Budgetkredite fungieren und diese bekannt sind.

Der zweite Punkt, derjenige, der die bewilligten Verpflichtungskredite betrifft, ist gut verständlich und aus Gründen der Kreditüberwachung tatsächlich auch wichtig. Nur ist dies bereits geregelt, und zwar in der Verordnung zum Gemeindegesetz. Bewilligte Verpflichtungskredite müssen schon heute

in einem entsprechenden Verzeichnis ausgewiesen werden, die Gemeinden kommen dieser Pflicht auch ohne Weiteres nach. Es ist somit schlicht unnötig, diese Bestimmungen von der Verordnungsebene auf die Gesetzesstufe anzuheben.

Und der dritte Punkt schliesslich, der die gebundenen Ausgabenbeschlüsse betrifft, ist vielerorts gelebte Praxis. Hier soll es unseres Erachtens den Gemeinden selbst überlassen bleiben, ob sie ein solches Verzeichnis führen wollen oder nicht. Wo es keinen Missstand oder keinen klar ausgewiesenen Handlungsbedarf gibt, soll die Gemeindeautonomie nicht eingeschränkt werden.

Es gibt also mindestens drei gute Gründe, einen pro Verzeichnis, die vorliegende PI abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Die Kommissionsmehrheit hat den Antrag auf Ablehnung der PI gestellt. Das ist einem Antrag auf Nicht-Eintreten gleichzustellen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 152 : 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und die PI 211/2021 abzulehnen.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **7. Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden**

Antrag des Regierungsrates vom 15. Mai 2024 und Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 7. November 2024

KR-Nr. 324b/2019

*Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS):* Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen, das Postulat «Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in den Gemeinden» als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat um eine Einschätzung der Situation hinsichtlich der Wirkungsziele der Integrationsagenda Schweiz gebeten. In seinem Bericht legt der Regierungsrat dar, wie die Integrationsagenda umgesetzt werden kann und wo aus seiner Sicht Anpassungsbedarf besteht. Die

Kommissionsmehrheit erachtet diesen Bericht als aussagekräftig und sieht den Zweck des Postulates damit erfüllt. Eine weitere Datenerhebung in den Gemeinden zur Wohnsituation der ihnen zugeteilten Asylsuchenden ist aus Sicht der Kommissionsmehrheit ein unverhältnismässiger Mehraufwand, der für die aktuellen Herausforderungen und grossen Bemühungen der Gemeinden in Bezug auf das Asylwesen und die Integration letztlich zu wenig Mehrwert bringt.

Eine Minderheit möchte weitere Informationen zum Umgang mit vulnerablen Personengruppen im Speziellen und fordert von den meisten Gemeinden konkrete Zahlen, die bisher noch nicht vorliegen: wie viele Menschen in Kollektivunterkünften untergebracht sind und wie viele in Wohnungen leben. Weiter lasse sich die Wohnsituation der Geflüchteten in den Landgemeinden kaum beurteilen, da der Bericht dazu nur allgemeine Aussagen enthält. Die Minderheit fordert deshalb den Regierungsrat auf, er solle in einem Ergänzungsbericht darlegen, warum der Kanton auf die Erhebung relevanter Daten verzichtet hat.

Im Namen der Kommission möchte ich an dieser Stelle den Städten und Gemeinden für den grossen Einsatz im Umgang mit dem Asylwesen und der Unterbringung von Asylsuchenden danken. Hier konnte sich die KJS in einem eher KSSG-lastigen (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) Thema einmal vertiefen. Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, das Postulat abzuschreiben. Danke vielmals.

***Minderheitsantrag Silvia Rigoni, Mandy Abou Shoak, Leandra Cumberg, Lisa Letnansky und Beatrix Stüssi:***

*I. Der Regierungsrat wird mit der Erstellung eines Ergänzungsberichts im folgenden Sinne bis spätestens zwölf Monate nach Verabschiedung des Geschäftes im Kantonsrat beauftragt.*

*Der Ergänzungsbericht soll folgende Fragen beantworten: Da die Gemeinden der Fachstelle Integration die geforderten Daten nicht geliefert haben, werden das Kantonale Sozialamt und allenfalls weitere geeignete Stellen gebeten, die fraglichen Daten aus dem Postulat zusammenzustellen. Warum hat der Kanton bis anhin auf die Erhebung von Daten, die für eine Einschätzung der Wohnsituation von vorläufig Aufgenommenen und Asylsuchenden notwendig sind, verzichtet? Welche Folgen hat dieser Blindflug für den Kanton, die Gemeinden und die betroffenen Menschen? Wie steht es um die geplanten Standards der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)? Wie sollen zukünftige Standards überprüft werden.*

*Mandy Abou Shoak (SP, Zürich):* Im Frühjahr 2018 haben Bund und Kantone gemeinsam die nationale Integrationsagenda beschlossen. Die Integrationsagenda markiert einen Paradigmenwechsel. Geflüchtete sollen ab dem ersten Tag gezielt, verbindlich und individuell gefördert werden, mit dem Ziel, möglichst rasch und nachhaltig Teil der Gesellschaft zu werden und in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Diese Ziele sind messbar, sie sind verbindlich und sie gelten für alle Kantone.

Doch wer Integration fordert, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, und genau daran scheitert vor allem der Sozialvorsteher (*Regierungsrat Mario Fehr*). Die Regierung räumt zwar ein, dass die Wohnsituation zentral für die Integration ist, vor allem der Sozialvorsteher weigert sich aber in jeder Konsequenz, Mindeststandards, kantonale Koordination oder Strategien zu planen. Stattdessen heisst es, die Lage sei zu heterogen, die Gemeinden zu verschieden. Und dann, was tun wir? Einfach nichts? Das ist keine Lösung.

Wir als SP unterstützen den Antrag der Grünen für einen Ergänzungsbericht, denn was im Bericht vorliegt, ist eine halbe Antwort. Wir kennen die Lage in den Städten Zürich und Winterthur, aber wir kennen die Lage in den kleineren Gemeinden nicht. Wie sieht es aus in den mittelgrossen oder ländlichen Gemeinden? Wie leben Geflüchtete dort? Wie wird mit vulnerablen Gruppen umgegangen? Das muss uns alle interessieren. Genau diese Fragen wurden im ursprünglichen Postulat gestellt und sie sind nicht beantwortet worden. In diesem Sinn ist das Postulat teilweise unbeantwortet geblieben.

Der Ergänzungsbericht, den die Grünen fordern, ist sachlich, er ist begründet und er ist inhaltlich notwendig. Er stellt die richtigen Fragen. Warum wurden relevante Daten bisher nicht erhoben? Welche Folgen hat dieser Blindflug für die Betroffenen und für die Integrationsziele? Wie soll in Zukunft mit Standards umgegangen werden, wenn wir nicht einmal wissen, wo wir stehen? Es geht hier um eine faire, um eine fundierte Integrationspolitik. Und an die bürgerlichen Parteien: Ihr Desinteresse ist nicht nur spürbar, es ist bedrückend. Wenn es um Wohnbau geht, um Anreize oder Eigentumsforderungen, sind Sie zur Stelle. Aber wenn es um geflüchtete Menschen geht, Menschen, die auf sichere Unterkünfte angewiesen sind, Schutz fordern, Schutz brauchen, ja dann schweigen Sie oder stimmen dagegen. Was wir brauchen, ist politischer Wille. Was wir sehen, sind politische Ausreden. Gelingende Integration beginnt dort, wo Menschen leben oder untergebracht werden. Wer schlecht wohnt, hat schlechtere Bildungschancen, schlechtere Jobchancen, eine schlechtere Gesundheit. Wer Integration will, muss menschenwürdige Bedingungen schaffen. Darum unterstützen wir den Antrag für einen Ergänzungsbericht und fordern vom Regierungsrat mehr Engagement.

Bitte zeigen Sie Kante und lassen Sie die Menschen nicht im Stich, und das gilt vor allem für den Sozialvorsteher.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Ich entschuldige mich bei Kantonsrätin Silvia Rigoni, der ich das Wort zur Begründung des Minderheitsantrags nicht erteilt habe. Sie hat es jetzt.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Die Entschuldigung ist selbstverständlich angenommen.

Dieses Postulat zu Wohnen und Migration vereinbart zwei Themen, bei welchen ja oft die Fakten aus den Augen verloren werden und die Emotionalität und die Ideologie die Debatte bestimmen. Wenn es in der Politik emotional wird, ist ein sachlicher Blick auf die Fakten hilfreich, und genau das verlangte dieses Postulat. Eine angemessene Wohnsituation ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration, das stellen Fachleute, aber auch der Zürcher Regierungsrat in seiner Stellungnahme zum damaligen Postulat fest. Da bekannt war, dass viele Geflüchtete nach der Senkung der finanziellen Unterstützung – Sie mögen sich erinnern, wir haben von der Sozialhilfe auf die Asylfürsorge gewechselt –, dass aus diesem Grund viele ihre Wohnungen verlassen und in enge und für Familien ungeeignete Kollektivunterkünfte umziehen mussten, entstanden Fragen, ob im Kanton Zürich die Voraussetzungen für eine gelingende Integration überhaupt noch gegeben sind. So lag es auf der Hand, dass die Postulantinnen und Postulanten einen Bericht verlangten, einen Bericht, in dem Fakten zusammengestellt werden, die ermöglichen, sich ein Urteil zu bilden und zu prüfen, ob es seitens des Kantons Massnahmen, zum Beispiel Standards für Wohnunterkünfte, braucht, um eben diese wichtigen Ziele der Integrationsagenda umzusetzen. Diese Zahlen könnten auch helfen bei der Beurteilung der immer wieder gehörten Behauptung, die Geflüchteten seien schuld an den Wohnungsproblemen in der Schweiz. Es sind ja lediglich gut 10 Prozent der Migrantinnen und Migranten, die als Geflüchtete in die Schweiz kommen. Und meine Hypothese ist daher, dass diese Behauptungen auf fremdenfeindlichen Ideologien fussen und reale Erhebungen ganz andere Resultate liefern würden. Es handelt sich bei diesem Postulat also um einen schlichten politischen Vorstoss, der den Regierungsrat auffordert, mit Zahlen und Fakten die politisch brisanten Themen zu beleuchten und so zu einer gewissen Sachlichkeit zu verhelfen.

Was dann in der Folge passierte, ist ein Trauerspiel und zeigt schon fast exemplarisch auf, wie in diesem Kanton seitens der Rechtsbürgerlichen zu Wohnen und Migration politisiert wird. Als Erstes wollte der Regierungsrat keinen Bericht erstellen. Nur dank der damaligen Mehrheit von Mitte-Links

konnte das Postulat überwiesen werden. Und nun fällt der Bericht des Regierungsrates doch sehr dürftig aus. Neben ein paar allgemeinen Aussagen zum Thema «Wohnen» gibt es lediglich Zahlen aus den Städten Winterthur und Zürich. Man sagte, es seien halt keine weiteren Zahlen aus den Gemeinden vorhanden. Die beauftragte Fachstelle für Integration erhielt die gewünschten Angaben weder von den Gemeinden noch vom kantonalen Sozialamt. Notabene, das kantonale Sozialamt ist für die Unterbringung der Geflüchteten im Kanton zuständig.

In der Kommission wurde dieser Missstand von einem Teil der Mitglieder gerügt, und diese verlangten, dass das kantonale Sozialamt oder allenfalls der Gemeindepräsidienverband dazu angehört werde. Die Mehrheit der Kommission lehnte diese Anhörungen ab, und so fanden keine statt. Das ist demokratiepolitisch problematisch, wenn eine Kommissionsmehrheit einer Minderheit verbietet, Anhörungen durchzuführen. Wir sind hier nicht in einer Diktatur der Mehrheit, sondern haben in der Schweiz und auch im Kanton Zürich die Gepflogenheit, dass auch Minderheiten Rechte haben. Vor allem bei der Meinungsbildung in den Kommissionen sollten Anhörungen, auch wenn nur von einer Minderheit verlangt, stattfinden können.

Nun stellen wir – in der Minderheit natürlich – im Rat den Antrag auf einen Ergänzungsbericht mit folgendem Inhalt: Das kantonale Sozialamt als zuständige Stelle für das Thema wird aufgefordert, die fraglichen Daten zusammenzustellen, allenfalls auch nur mit einigen ausgewählten repräsentativen Gemeinden. Und Interesse haben wir auch an folgenden Fragen: Warum hat der Kanton bis anhin auf die Erhebung solcher Daten verzichtet? Und welche Folgen hat dieser Blindflug für den Kanton, für die Gemeinden oder auch für die betroffenen Menschen? Ein Ergänzungsbericht bringt Klarheit und Sachlichkeit in eine ideologisch aufgeheizte Debatte und ein Ergänzungsbericht dient einer faktenbasierten und würdigen politischen Diskussion. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt):* Die SVP-Fraktion stimmt für die Abschreibung des Postulats und findet einen Ergänzungsbericht überflüssig. Die Regierung hat das Postulat, welches vor ziemlich genau drei Jahren mit lediglich 77 Stimmen überwiesen wurde, ausreichend beantwortet. Die tiefe Stimmenzahl, welche zur Überweisung des Postulats damals reichte, zeigt auch, dass der Inhalt des Postulats und die Antwort der Regierung dem Bedürfnis doch angemessen ist. Hier im Sinne eines Zusatzberichts noch mehr Arbeit zu leisten und noch mehr Grundlagen zu erarbeiten, empfinden wir aus mehreren Gründen als überflüssig: aus grundsätzlichen Überlegungen, praktischen, aber auch aus finanzpolitischen Gründen.

Erstens: Der Vorstoss oder das Postulat fordert faktisch eine verordnete Wohnpolitik für Personen, die sich nicht aufgrund einer eigenen Leistung, sondern durch das Asylverfahren in unserem Land aufhalten. Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Staates, für diese Gruppen verbindliche Mindeststandards zu garantieren, welche über die allgemeine gesetzliche Grundlage hinausgehen, währenddem gleichzeitig der Mittelstand unter steigenden Mieten, Wohnraumangel und Abgabelast leidet. Und insofern braucht es hierzu auch keinen Ergänzungsbericht.

Der Regierungsrat bringt es – und da komme ich zum zweiten Punkt – auf den Punkt, dass auch belastbare Daten fehlen, welche den Zusammenhang, der da zwischen Wohnqualität und Integration stipuliert wird, belegen. Da wird von der linken Ratshälfte ein Zusammenhang konstruiert, welcher nicht erhärtet ist.

Drittens: Die Gemeinden – und das haben wir auch eingehend in der Kommission diskutiert – sind aufgrund der Massenzuwanderung und der kriegereischen Ereignisse in Osteuropa bereits heute am Limit. Die Wohnraumknappheit aufgrund dieser kriegereischen Handlungen und aufgrund der Massenzuwanderung, die ist real, insbesondere im unteren Preissegment. Und wenn jetzt noch mit Ergänzungsberichten und zusätzlichen Anforderungen an die Unterbringung von Geflüchteten neue Standards gestellt werden, dann verdrängt dies die Einheimischen mit den Kleinkommen weiter aus dem bezahlbaren Wohnungsmarkt. Und das kann ja definitiv nicht Sinn und Zweck oder Geist dieses Parlaments sein.

Viertens sollte grundsätzlich der Zürcher Kantonsrat, soweit die Meinung der SVP, für Eigenverantwortung und für eine schlanke Verwaltung und die Gemeindeautonomie eintreten. Die Gemeinden, die Zürcher Gemeinden, leisten sehr viel im Asylwesen, und insofern ist es vermessen, in dieser prekären Situation – und mit «prekär» meine ich die Kapazitätsprobleme, welche bestehen – den Gemeinden noch mehr Aufgaben und Regulierungen aufzubürden. Letztendlich führt das zu noch mehr Unmut, es führt zu noch mehr Emotionen in diesem, wie Sie selber gesagt haben, ohnehin schon emotionalen Thema. Und wenn man sich jetzt diese vier Punkte, die ich dargelegt habe, vor Augen führt, dann kommt man letztendlich zum Schluss, dass dieses Postulat getrost abgeschrieben werden kann. Besten Dank, wenn Sie diesem Antrag folgen.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur):* Das Postulat fordert vom Regierungsrat, in einem Bericht darzulegen, wie er die Wohnsituation von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen einschätzt, damit die Wirkungsziele der Integrationsagenda erfüllt werden können. Namens der FDP möchte ich



für diesen ausführlichen Bericht danken. Wir schreiben ihn ab und unterstützen den Antrag auf einen Zusatzbericht nicht. Und zwar ist es nicht Desinteresse, sondern in diesem Bericht werden sehr viele interessante Erkenntnisse dargelegt, und wir erachten die Berichterstattungspflicht des Regierungsrates damit als erfüllt. Auf immerhin zehn Seiten wird die aktuelle Situation dargelegt. Wir haben viele Postulate, die viel kürzer und viel knapper dargelegt werden.

Dass die Wohnsituation Auswirkungen auf den Integrationsprozess hat, ist unbestritten. Der Bericht erläutert die Datensituation. Man kann jetzt monieren, ja, es gebe zu wenige Daten. Aber gleichzeitig gibt dieser Bericht doch wichtige Erkenntnisse, so zum Beispiel, erstens, dass Personen mit Asylhintergrund tendenziell in Gemeinden ziehen, in denen bereits viele Personen aus ähnlichen Herkunftsländern leben. Das ist nachvollziehbar, doch darf es keinesfalls zu einer Ghettoisierung kommen, wie wir das aus anderen Ländern kennen, zum Beispiel aus Frankreich. Denn dort gibt es negative Erscheinungen wie Kriminalität, mangelhafte Durchsetzung der Rechtsordnung oder Verhinderung von Integration. Eine zweite wichtige Erkenntnis aus diesem Bericht ist, dass Personen aus Asien, Afrika und dem Westbalkan, insbesondere Geflüchtete, den tiefsten Wohnflächenkonsum, sprich am wenigsten Wohnraum zur Verfügung haben. Das ist wichtig deshalb, weil wir jetzt feststellen, dass sich die Situation für diese Leute in Zeiten der Wohnungsknappheit noch verschärft. Und drittens zeigt der Bericht zur Wohnsituation, dass in der zweiten Phase, also in der Zuständigkeit der Gemeinden, die Betroffenen selbstständig eine Wohnmöglichkeit suchen können und die Freiheit haben, sich niederlassen zu können, wo sie wollen, vorausgesetzt, es ist im Kanton. Und für die erste Phase hat der Kanton die Unterbringungskapazitäten verdoppelt, um insbesondere auf die Situation der Ukraine-Krise eine Antwort zu haben.

Also insgesamt kommen wir zum Schluss, dass der Kanton nicht einfach nichts gemacht hat, sondern einiges zu einer vertretbaren Wohnsituation beiträgt. Und die Situation in den einzelnen Gemeinden kann natürlich aufgrund der Natur der Sache sehr unterschiedlich sein. Eine Kleingemeinde hat andere Voraussetzungen als die Städte Winterthur und Zürich, auch in der Datenerhebung und überhaupt in der Situation, das wissen die Gemeinden. Und Richtlinien in dieser Situation würden keinen Sinn machen. Sie wären entweder so locker, dass man sie gar nicht braucht, oder Sie müssten den einzelnen Gemeinden dann Auflagen machen. Und ich habe ein bisschen den Eindruck, das Postulat fordere in der Konsequenz, dass man den Gemeinden Auflagen macht, wenn man die detaillierte Datensituation hat.

In diesem Sinne zum Antrag: Den Zusatzbericht lehnen wir ab. Aus unserer Sicht hat der Regierungsrat hier eine gute, vertretbare Arbeit gemacht, und wir bitten, das Postulat abzuschreiben.

*Andrea Gisler (GLP, Gossau):* Wir behandeln heute ein Postulat, das im Oktober 2019 eingereicht wurde. Jetzt, gut fünf Jahre später, wirkt das Postulat wie aus der Zeit gefallen. Die geopolitische Lage hat sich grundlegend verändert. Seit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine wurde die Asylquote im Kanton Zürich von 0,5 auf 1,6 Prozent der Wohnbevölkerung angehoben. Viele Gemeinden sind am Anschlag, sie suchen verzweifelt nach zusätzlichem Wohnraum und sehen sich teilweise gezwungen, Asylsuchende und vorläufig Aufgenommenen in Containern, Abbruchhäusern und Zivilschutzanlagen unterzubringen. Eine wirkliche Entspannung der Situation ist nicht in Sicht, auch wenn das SEM (*Staatssekretariat für Migration*) 2025 mit deutlich weniger Asylgesuchen rechnet.

Es ist klar, dass das Wohnen für die Integration von Bedeutung ist, das wird, glaube ich, hier drin nirgends bestritten. Und ebenso klar ist, dass die Wohnsituation für viele Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene nicht optimal ist. Das ist sie aber auch für zig andere Menschen nicht. Der Wohnungsmarkt ist äusserst angespannt und Menschen mit tiefem Einkommen sind natürlich ganz besonders betroffen. Sie leben häufig in ringhörigen, schlecht isolierten Altbauwohnungen, beengt auf wenig Wohnraum und an Lagen mit starker Lärmbelastung.

Die Gemeinden sind autonom, wie sie die Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen organisieren. Der Bericht des Regierungsrates zeigt, dass es relativ wenige Daten zur Wohnsituation dieser Personengruppe gibt, am ehesten noch aus den Städten Zürich und Winterthur. Wir Grünliberalen sehen aber keinen Nutzen, die rund 160 Gemeinden im Kanton Zürich zu beüben und Daten einzuholen. Die Situation – auch das wurde heute gesagt – ist in den Gemeinden sehr heterogen und ändert sich auch ständig. Den Gemeinden vorschreiben zu wollen, wie sie Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene unterzubringen haben, und Mindeststandards zu erlassen, halten wir in der gegebenen Situation für keine gute Idee. Die Gemeinden sind auch keineswegs im Blindflug unterwegs. Es ist nicht die Zeit, die ohnehin schon sehr anspruchsvolle Arbeit der Gemeinden zusätzlich zu erschweren.

Wir Grünliberalen sind dafür, das Postulat abzuschreiben, ohne Wenn und Aber.

*Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil):* Die Gemeinden sind angehalten, für die Asylsuchenden passende Unterkünfte bereitzustellen. Wir sind überzeugt, dass die Gemeinden dies nach ihren besten Möglichkeiten tun. Wir unterstützen die Gemeindeautonomie und wollen den Gemeinden nicht noch mehr aufbürden. Ein zusätzlicher Bericht erscheint uns unnötig und wir glauben nicht, dass es deshalb zu Verbesserungen kommen wird. Die Mitte-Fraktion wird dieses Postulat abschreiben.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Zuerst einmal ganz grundsätzlich: Dass dieses Geschäft in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit und nicht etwa in der Kommission für soziale Sicherheit beraten wurde, ist bezeichnend und, ehrlich gesagt, ein Skandal. Für den Regierungsrat scheint alles, was mit Asyl zu tun hat, primär eine Sicherheitsfrage zu sein. Wohnsituation? Eine Frage der Kontrolle. Integration? Ein Risiko. Menschen? Eine Gefahr. Wir von der AL setzen uns dafür ein, dass Asylsuchende in erster Linie als das gesehen werden, was sie sind: Menschen. Die Wohnsituation von Geflüchteten hat einen massiven Einfluss auf die Möglichkeiten, in unserer Gesellschaft anzukommen. Das ist nicht etwa eine linke These, Herr Schmid, das steht sogar im Bericht des Regierungsrates selbst. Und trotzdem wird dieses Postulat mit einem Achselzucken als erledigt abgeschrieben, mit dem Vermerk, man habe zu wenig Daten. Zu wenig Daten, ernsthaft? Zwei Jahre lang hätten diese Daten erhoben werden können. Man hat es schlicht nicht getan und damit bewusst nichts getan. Das ist politisches Aussitzen auf dem Rücken der Schwächsten.

Und besonders betroffen sind, wie so oft, die Kinder. Die Kinderrechtskonvention gilt offenbar nicht für alle und überall gleich. Wer in einer fensterlosen, lauten Unterkunft ohne Privatsphäre lebt, hat keinen ruhigen Ort zum Lernen, kein sicheres Umfeld, um aufzuwachsen. Wer die Integration dieser Kinder sabotiert, sabotiert ihre ganze Zukunft. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Dass die Gemeinden für die Unterbringung zuständig sind, ja, das stimmt, aber das Postulat wollte keine Gemeinde bevormunden. Es ging darum, einen Überblick zu bekommen, wie Menschen untergebracht sind, nicht mehr und nicht weniger, damit wir gemeinsam Lösungen finden können. Und ja, es braucht Mindeststandards; nicht, weil jemand bevorzugt behandelt werden soll, sondern damit niemand unter unwürdigen Bedingungen leben muss. Andere Kantone wie Zug haben solche Standards längst eingeführt, und Zug ist nun wirklich kein Hort linker Sozialpolitik. Warum? Weil die Wohnsituation keine ideologische Frage ist, sie ist eine Frage der Menschenwürde. Und ja, es gibt sie in Zürich, die Gemeindelotterie. Wer Glück hat, kommt in eine Gemeinde mit guter Wohnsituation, Sprachkursen, echter In-

tegrationsarbeit. Und wer Pech hat, lebt in beengten Verhältnissen ohne Anschluss, ohne Perspektive. Das ist staatlich organisierte Ungleichheit, und dann wundert man sich über Integrationsprobleme.

Wir fordern deshalb heute, dass dieses Geschäft nicht einfach abgeschrieben wird. Wir fordern einen Ergänzungsbericht, der endlich die nötigen Daten liefert, die Fakten auf den Tisch bringt und konkrete Massnahmen möglich macht. Wer Integration will, muss handeln und nicht wegschauen.

*Philipp Müller (FDP, Dietikon):* Auch ich bedanke mich bei der Regierung für diesen ausführlichen Postulatsbericht und ich möchte nur noch auf einen Aspekt eingehen: Ich bin wirklich sehr froh, dass der Regierungsrat klar und deutlich dagegen ist, Richtlinien für die Gemeinden zur Unterbringung von Geflüchteten zu erlassen. Wir haben das bereits zuvor gehört, die Aufnahmequote – und das wissen wir alle – wurde in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Sie betrug am 19. April 2022 noch 0,5 Prozent, aktuell liegt sie bei 1,6 Prozent. Die Gemeinden müssen somit heute mehr als dreimal so viele geflüchtete Personen aufnehmen, und das innert kurzer Zeit. Für die Gemeinden ist das eine Herkulesaufgabe.

Als Sozialvorstand der Stadt Dietikon bin ich da an vorderster Front dabei und ich sehe, dass es fast unlösbar ist, auf die Schnelle Hunderte neuer Wohnplätze zu organisieren. Und wenn ich dann höre, dass gewisse Kreise den Gemeinden nun auch noch mit kantonalen Wohnstandards Steine in den Weg legen wollen, dann kann ich wirklich nur den Kopf schütteln. Dass die Gemeinden bei der Schaffung von Unterbringungsplätzen vollständig autonom bleiben, das ist sehr wichtig. Natürlich stimmt es, dass die Wohnsituation – aber neben anderen Faktoren – einen Einfluss auf die Integration haben kann. Die Gemeinden haben aber ein ureigenes Interesse daran, geflüchtete Menschen anständig unterzubringen. Sie wollen auch, dass das Zusammenleben gut funktioniert und dass eine sehr rasche Integration stattfinden kann. Und ich glaube, man kann an dieser Stelle schon auch sagen, dass die Gemeinden hier einen guten Job machen.

Nach einigen Jahren werden die Kosten für die Asylfürsorge den Gemeinden nicht mehr erstattet. Die Gemeinden haben deshalb auch aus finanzieller Sicht ein sehr grosses Interesse daran, Bedingungen zu schaffen, die möglichst bald zu einer Ablösung der Sozialhilfe führen. Alles andere würde sie ganz einfach extrem teuer zu stehen kommen. Wir müssen aber einfach der Realität ins Auge blicken: Der Kanton diktiert die Aufnahmequoten und die Gemeinden müssen sich dann irgendwie arrangieren. Sie müssen den Wohnraum dort schaffen, wo dies überhaupt möglich ist. Sie müssen sich am Machbaren orientieren, es ist leider kein Wunschkonzert. Einen Ergänzungsbericht zum Postulat braucht es nicht, wir schreiben ab.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Es ist etwas bedauerlich, dass wir hier drin Voten hören, die sagen: Mehr Wissen ist überflüssig, wir wollen das gar nicht wissen. Und es ist auch bedenklich, denn wir sind ja hier in politischen Themen, wo polemisiert wird. Politische Ideologie ist ja nicht auf Fakten angewiesen, aber wir brauchen Sachlichkeit. Und ich wäre doch froh, wenn wir in der Schweiz und auch im Kanton Zürich diese Sachlichkeit weiterhin mit grosser Sorgfalt pflegen würden.

Vielleicht noch zur SVP: Es ist erstaunlich, dass Sie sagen, Sie sehen keinen Zusammenhang zwischen Wohnen und Integration. Das ist fachlich wirklich unumstritten, es ist sogar politisch bestätigt von unserem bürgerlichen Regierungsrat. Ich denke, da sind Sie sehr allein mit Ihrer Meinung, dass das nichts miteinander zu tun hat. Und ich bin nicht der Meinung von Andrea Gisler, die sagt, das Postulat sei aus der Zeit gefallen. Migration ist ein grosses Thema, es ist aufgeheizt. Wohnraum wird immer knapper, und deshalb sind wir leider aktuell immer noch – und ich denke, vielleicht auch je länger, je mehr – auf Zahlen angewiesen.

Und dann vielleicht noch ein wichtiges Detail – es ist ein Detail, aber ein wichtiges Detail – an Philipp Müller: Das Postulat fordert keine Standards. Wir sagen, wir brauchen Grundlagen, um zu entscheiden, ob Standards nötig sind, und ich denke, das ist doch ein wichtiger Unterschied. Wir haben auch wieder diese Schuldzuweisungen gehört: Geflüchtete verursachen Wohnungsnot, und da, denke ich, hätten wir jetzt doch gerne mal ein bisschen Zahlen gesehen. Denn es ist ja kein Rezept gegen die Wohnungsnot, einfach Schuldzuweisungen an Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene zu machen, da gibt es bessere Rezepte. Also ich denke, wir müssen da wirklich Gegensteuer geben gegen diesen ausser Rand und Band geratenen Wohnungsmarkt. Ich kann nur sagen, es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, Luxussanierungen zu erschweren. Man könnte den Kanton zu mehr Engagement verpflichten oder man könnte auch ein Vorkaufsrecht einführen. Das wären die Instrumente, die für die Bevölkerung wirklich etwas bringen würden, die jetzt nicht einfach endlos Geld hat, teure Wohnungen zu bezahlen.

*Jörg Kündig (FDP, Gossau):* Ich glaube, es ist an der Zeit, dass ich auch etwas zu diesem Thema sage (*der Votant ist Präsident des Verbandes der Zürcher Gemeindepräsidenten*). Ich durfte ja nicht in der Kommission sprechen, wir sind aber immerhin in die KSSG eingeladen, wenn es um die ganze Quotendiskussion geht, die auch angesprochen wurde. Und die Vermischung der Wohnbaupolitik mit der Asylthematik ist, glaube ich, falsch. Ich kann gerne ein paar Themen aufgreifen, die angesprochen worden sind. Vor allem ist mir aber wichtig zu sagen: Gegen diese Aussagen von Frau Letnansky

und so weiter, die Gemeinden würden die Menschen unangemessen unterbringen, sie würden sich da fehlverhalten, sie würden für junge Menschen, insbesondere Kinder, nichts tun in dieser Asylsituation, gegen das muss ich mich verwahren. Ich kann Ihnen etwas zu den Zahlen sagen, das wurde ja gewünscht: Im Kanton Zürich leben rund 19'000 Menschen in diesem Thema. Wir haben 13'400 Menschen mit Status S, die in den Gemeinden untergebracht werden müssen, ein Status S, der grundsätzlich immer noch rückkehrorientiert ist, das heisst, es gibt die Schwierigkeit der Integration im Arbeitsmarkt, der mit dem Status in Konflikt steht. Wir haben etwa 11 Prozent in der privaten Unterbringung, und alle anderen Menschen werden im Kanton Zürich von den Gemeinden mit einer Quote von 1,6 Prozent untergebracht. Das sind 160 Menschen pro 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner, und das ist tatsächlich eine ganz schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, wie knapp die Wohnungen im Kanton Zürich sind. Viele Gemeinden haben Projekte, und sie haben festgestellt, was passiert: dass über Gerichtsinstanzen und Aufsichtsinstanzen gebundene Ausgaben – wir haben vorher länger über gebundene Ausgaben gesprochen (*im Zusammenhang mit der Beratung von KR-Nrn. 210/2021, 211/2021 und 212/2021*) – nicht gestattet werden. Das heisst, es braucht politische Prozesse, es braucht Bauprozesse, und in vielen Gemeinden dauert das sehr lange und es gibt ablehnende Entscheidungen. Das heisst, die Herausforderung ist sehr vielfältig in diesem Thema.

Was etwas irritiert, ist die Fragestellung der Integration. Wen soll man integrieren in dieser schwierigen Situation und wen nicht? Wir wissen, dass wir eine Gesetzgebung haben, die für die Integration als Voraussetzung festhält, dass da ein Bleibe-Entscheid da ist, ein Bleibe-Entscheid, der dann auch all die Integrationsmassnahmen möglich machen soll. Die Integrationsagenda ist in der entsprechenden Direktion verortet und wird dort auch kontrolliert. Das ist absolut kein Problem, und die Gemeinden machen da intensiv mit, arbeiten mit in dieser Integrationsthematik. Voraussetzung ist allerdings, dass ein Entscheid da ist auf Bundesebene. Und dieser Entscheid findet nicht statt, findet zu spät statt. Es gibt auf nationaler Ebene etwa 11'000 oder 12'000 pendente Gesuche, und in den Gemeinden leben Menschen, die selber nicht wissen, ob sie bleiben dürfen, und die Verantwortlichen wissen auch nicht, ob die Menschen bleiben dürfen. Also vermischen wir nicht die verschiedenen Themen.

Und ich möchte noch etwas betonen: Die Gemeinden leisten Hervorragendes in der ganzen Asylthematik, Flüchtlingsthematik. Die Integration ist ein Teil davon. Die Unterbringung ist im Moment das, was am meisten Aufwand bereitet. Sie können die Gemeinden fragen, diese sind bald mehr als Woh-

nungsvermittler und Bauunternehmen tätig, als sich in anderen Themen engagieren zu können. Also bleiben Sie doch bitte sachlich, was diese Thematik anbelangt. Ich habe Ihnen ein paar Zahlen genannt. Die Zahlen sind eindrücklich, die Gemeinden leisten sehr gute Arbeit und ich bitte, das immer zu berücksichtigen. Besten Dank.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Ich begrüsse auf der Besuchertribüne zwei weitere Klassen der Sekundarschule Friedrichstrasse. Wir freuen uns über euren Besuch und das Interesse am Kantonsrat.

*Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil):* Ein aktueller Situationsbericht, nicht aus dem Kanton Zürich, sondern aus dem Kanton Tessin, wie dort Integrationsförderung betrieben wird: So werden Menschen aus dem Asylbereich, speziell auch Status S, neuerdings gezwungen – hören Sie, gezwungen –, einer Arbeit nachzugehen, sei es einer niederschweligen Arbeit in der Landwirtschaft oder im Gartenbau oder in ihren angestammten Berufen. Sie können also wählen und kriegen auch eine kleine Entlöhnung dazu. Und dann kam relativ schnell ein Aufschrei und es hiess doch, im Kanton Zürich würden sie sehr viel bessergestellt werden, da müssten sie nämlich nicht arbeiten. So viel einfach zur Sachlichkeit, vielen Dank.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal:* Ich erlaube mir, ein zweites Mal zu sprechen, um doch diese Theorie von Wohnsituation und Integration nochmals zu hinterfragen. Es ist unbestritten, dass ein gewisser Mindeststandard bei der Wohnsituation wichtig ist, wobei es – in meinem Votum habe ich auch darauf hingewiesen – diese Mindeststandards durch geltende Gesetze bereits gibt. Was Sie jetzt machen wollen, ist, diese Mindeststandards noch mehr auszuweiten über alle Gemeinden, irgendwie mit planwirtschaftlichen Verfahren. Und Sie verkennen in Ihrer Planwirtschaft oder Sie blenden in Ihrer Planwirtschaft den Faktor Mensch aus. Ein Beispiel aus meiner Gemeinde, wo ich regelmässig auch in der Asylanlage zu Besuch bin. Da können Sie sich vorstellen: Sie haben zwei identische Anlagen, zwei Wohneinheiten mit je vier Personen. Bei der linken Tür treten Sie ein und würden am liebsten rückwärts wieder hinausgehen: Dreckig, schmutzig, offene Speisen, welche seit Tagen herumliegen, Kakerlaken, die herumkriechen, und das, obwohl die Wohneinheit erst kürzlich saniert wurde. Dann gehen Sie nach nebenan, klopfen an, treten durch die Tür und merken, dass es wohl nach irgendwelchen Gewürzen oder Räucherstäbchen oder was auch immer riecht. Sie sehen Schuhe vor der Tür abgelegt. Sie werden gebeten, die Schuhe auszuziehen. Dem Wunsch bin ich nachgekommen. Also nur schon bezüglich Hygiene können Sie sich vorstellen: dieselbe Anlage, zwei

völlig verschiedene Ausgangslagen. Und letztendlich sind es die Menschen, die dort leben, die wollen oder vielleicht nicht wollen, die in ihrem kulturellen Rucksack, den sie mitbringen, mehr mitbringen oder weniger mitbringen. Und ich kann Ihnen sagen: Es ist letztendlich entscheidend, wie mit diesen Personen kommuniziert wird, wie wir es schaffen, diese Personen etwas auf die hiesigen Verhältnisse zu trimmen, dort, wo der Gap relativ gross ist. Aber es ist nicht die Infrastruktur per se, die die Grundvoraussetzungen setzt (*Zwischenrufe*). Sie können jetzt schon den Kopf schütteln, aber dann frage ich Sie: Wann sind Sie das letzte Mal in einer Asylanlage gewesen? Wann haben Sie das letzte Mal vor Ort mit verschiedenen Asylsuchenden gesprochen? Ich mache das zeitweilig und ich erlaube mir einfach, Ihnen diesen Erfahrungsbericht darzulegen und Ihnen zu sagen: Sie liegen falsch, wenn Sie glauben, Sie können mit einem baulichen oder Infrastrukturstandard die Welt retten. Letztendlich steht und fällt es mit den Personen, die dort wohnen, ob sie sich integrieren wollen, ob sie unserem Land, unserer Gesellschaft offen oder feindselig gegenüberstehen, damit hängt es zusammen – und nicht mit Ausbaustandards der Gemeinden oder der Frage, welche Ausbaustandards die Gemeinden dann sicherzustellen haben.

*Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich):* Also ich danke einmal für die zum grossen Teil sachliche Diskussion zu meinem Postulat. Es hat jetzt zwar noch ein paar komische braune Tupfer dazu gegeben, was schade ist, aber unter dem Strich denke ich halt schon: Es wäre sinnvoll gewesen, wir hätten mehr Informationen, sodass wir überhaupt darüber diskutieren können und sollen, was angemessen sein soll. Aber wir wissen es ja gar nicht, weil wir diese Informationen nicht haben, und das ist schade. Angenommen, man wäre zum Schluss gekommen, es brauche Standards, weil es jetzt nicht gut ist. Angenommen, man käme zu diesem Schluss, dann würde das ja nicht bedeuten, dass man das so bitte umsetzt. Das geht ja gar nicht. Aber man könnte es zumindest als Zielsetzung nehmen, das wäre ja vielleicht eine Idee gewesen, schade, hat der Regierungsrat sie verpasst.

Und sonst habe ich eigentlich nichts mehr dazu zu sagen und bitte einfach, nicht so pauschalisierende Aussagen über Asylsuchende zu machen.

*Hanspeter Göldi (SP, Meilen):* Lieber Stefan Schmid, ich gebe Ihnen mein Interesse bekannt: Ich bin Sozialvorstand von Meilen. Ich mache regelmässig Besuche in den Asylunterkünften. Letzte Woche habe ich gerade mit unserem Beauftragten von der ORS (*Organisation for Refugee Services*) einen grossen Rundgang in unseren Unterkünften gemacht. Wir haben das so organisiert, dass die Unterkünfte im ganzen Gemeindegebiet aufgeteilt sind. Es sind teilweise Objekte, die wir für ein oder vielleicht zwei Jahre – wir



hoffen, teilweise auch etwas länger – zur Verfügung gestellt bekommen und in denen wir dann Leute unterbringen können. Für uns ist es wichtig, dass wir dort möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen können. Aber ich kann Ihnen sagen: Auch wenn ich stolz bin auf unsere Unterbringung, muss sogar ich im Nachhinein nach dem Rundgang sagen, dass wir in einzelnen Objekten die Dichte bei der Belegung wieder reduzieren müssen. Und ich möchte konkret sagen, weshalb: Sie haben eine schöne Villa mit sehr viel Wohnraum, sehr guter Umgebung, aber es hat nur zwei sanitäre Einrichtungen. Ich war vorher nicht in diesem Haus und mir wurde gesagt «da können wir noch etwas verdichten». Selbstverständlich kann man dort noch mehr Leute reinbringen. Aber wenn ich dann den Rundgang mache und sehe, dass in jedem Zimmer drei oder vier Personen drin sind, drei Personen zum Beispiel in einem Zimmer, der Vater, ein 16-jähriger Sohn, ein 14-jähriger Sohn, alle aktiv an Integrationsmassnahmen beteiligt, der 16-Jährige nach zwei Jahren bereits mit einem Lehrvertrag in der Hand, also mehr stolz können wir nicht sein über unsere Integrationsmassnahmen. Trotzdem muss ich sagen: Damit die Integration gelingt, ist es unbedingt notwendig, dass wir auch diesen Menschen einen minimalen Standard an Raum und eben auch die Möglichkeit geben, sich wirklich zu integrieren, das heisst eben, in einem 14-Quadratmeter-Raum. Ich weiss nicht, wie ihr lebt, aber ich habe auch ein 14 Quadratmeter grosses Schlafzimmer. Aber ich habe daneben ein Büro und einen Wohnraum. In besagter Unterkunft haben sie zwar auch eine Küche, aber diese Küche teilen sie mit 15 Mitbewohnern. Sie haben auch einen Wohnraum, der ist sehr klein, und da müssen sie das auch machen. Und mir geht es nicht darum, dass wir hier jetzt jeder Gemeinde vorschreiben, wie viele Quadratmeter in der Gemeinde nötig sind, aber gewisse Richtlinien sind für uns hilfreich, für uns, die in der Exekutive sind, die das umsetzen müssen. Für uns ist es wichtig, dass wir auch die Vergleichsmöglichkeit haben, dass wir sagen können: Es gibt riesige Vorteile, wenn wir bessere Rahmenbedingungen schaffen.

Deshalb finde ich den Zusatzbericht nicht eine Zusatzbelastung, sondern für die Gemeinde eine Hilfe, damit wir sehen, welche Massnahmen besser sind. Und da finde ich, dass es wirklich noch Möglichkeiten gibt, uns in einem Zusatzbericht wichtige Informationen zu liefern. Herzlichen Dank.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf):* Es wurde von bürgerlicher Seite viel darüber gesprochen, dass die Situation, diese Aufgabe der Unterbringung der Geflüchteten, für die Gemeinden eine Herausforderung ist, und das wurde, glaube ich, auch nirgends abgestritten. Da scheint auch sehr viel Empathie vorhanden zu sein für diese Gemeinden, für die Personen, die dort arbeiten

und versuchen, mit den Ressourcen, die sie haben, diesen Auftrag umzusetzen. Das ist ja schön. Ich wünsche mir einfach auch einen Funken dieser Empathie für die Geflüchteten, denn – und das wurde auch schon gesagt – es ist ja nicht das Ziel, auf den Gemeinden herumzuhacken – Sie verfehlen da ein bisschen das Thema –, sondern es geht darum, dass wir hinschauen und schauen, ob in unserem Kanton die Grundrechte von Menschen gewahrt werden. Es geht darum, auch über irgendwelche Quadratmeterzahlen hinaus einfach ganz grundsätzlich zu schauen, ob gewisse Mindeststandards eingehalten werden. Wenn man nicht mal hinschaut, wenn Sie einfach sagen «wir möchten gar keinen Ergänzungsbericht, wir möchten das gar nicht wissen», dann gleichzeitig aber betonen, dass es ja in allen Gemeinden gut läuft oder dass man in allen Gemeinden diese Standards einhält, dann ist das nicht glaubwürdig. Ich glaube, wir müssen hinschauen, wir müssen Daten erheben, auch, um vielleicht zu sehen, wo es Unterstützung vom Kanton braucht, wo vielleicht wir gefragt sind und neue Lösungen finden müssen. Ich bin mir der Tatsache sehr bewusst, dass es für kleinere Gemeinden vielleicht schwieriger ist, gewisse Dinge umzusetzen. Aber die Lösung ist dann nicht einfach, nicht hinzuschauen und davon auszugehen, dass ein Problem, wenn man es nicht genau untersucht, auch nicht existiert, denn es existiert ja trotzdem, sondern wir müssen einfach schauen, welche Lösungen wir finden können. Es ist mir wirklich unverständlich, wieso hier eine Mehrheit im Rat diesen Ergänzungsbericht ablehnt und wieso wir nicht einfach hinschauen sollten. Ich bitte Sie, diesem Bericht zuzustimmen. Danke.

*Florian Heer (Grüne, Winterthur):* Zwei Aussagen des SVP-Sprechers motivieren mich, hier noch etwas zu sagen. Er vergleicht leider den völkerrechtlichen Anspruch geflüchteter Menschen auf Asyl mit einem Leistungsanspruch, und das finde ich ziemlich bedenklich. Ich erinnere ihn gerne daran, dass die Schweiz Menschen Schutz und Aufenthalt gewährt, die in ihrem Herkunftsland aufgrund ihrer ethischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen oder wegen ihrer persönlichen politischen Weltanschauung ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind. Das bedarf keines Leistungsausweises, mal abgesehen davon, dass das Fliehen in die Schweiz vielleicht auch als Leistungsausweis gelten könnte. Menschen auf hiesige Verhältnisse zu trimmen, finde ich übrigens eine ungebührliche Wortwahl. Es ist kein Merkmal von bestimmten Gruppen, in unhygienischen Zuständen zu leben, es ist ein Merkmal vielleicht von psychischen Erkrankungen oder einzelnen Menschen. Ich bitte, hier Pauschalisierungen zu unterlassen. Besten Dank.

*Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Silvia Rigoni gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 324/2019 ohne Ergänzungsbericht abzuschreiben.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **8. Herkunft der Bilder der Bührle-Sammlung lückenlos aufklären und die Entstehung der Sammlung historisch kritisch aufarbeiten**

Antrag des Regierungsrates vom 31. Mai 2023 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Dezember 2024

KR-Nr. 147b/2022

*Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK):* Seit Oktober 2021 sind rund 200 Werke der kriegsbelasteten Bührle-Sammlung als Leihgabe der Bührle-Stiftung im Kunsthaus Zürich ausgestellt. Zu diesem Zeitpunkt war weitgehend ungeklärt, wie viele der ausgestellten Bilder der Bührle-Sammlung den damaligen Besitzern durch Krieg und Verfolgung entrissen und daher als NS-verfolgungsbedingt entzogene Kunstwerke gemäss der Definition der Theresienstädter Erklärung (*Erklärung über Holocaust-Vermögenswerte und damit verbundene Fragen*) einzustufen sind. Deshalb forderten AL, SP und Grüne im Mai 2022 mit dem dringlichen Postulat 147/2022 vom Regierungsrat, gemeinsam mit der Stadt Zürich die Provenienz dieser rund 200 Kunstwerke durch ein unabhängiges Team von Forschenden umfassend aufarbeiten zu lassen und die Forschungsergebnisse dann auch zu veröffentlichen und zu vermitteln.

Im Postulatsbericht vom Mai 2023 geht der Regierungsrat auf die Ausgangslage und die getroffenen Massnahmen ein. Er betont die operative Verantwortung der Stadt Zürich für das Kunsthhaus. Zudem verweist er auf den neuen Subventionsvertrag der Stadt Zürich. Dieser verpflichtet nämlich die Zürcher Kunstgesellschaft zur Provenienzforschung der Werke der Sammlung Bührle. Bereits im August 2022 haben Stadt und Kanton Zürich zusammen mit der Zürcher Kunstgesellschaft ein Konzept für die unabhängige Evaluation der bereits geleisteten Provenienzforschung der Sammlung Bührle veröffentlicht. Auf Empfehlung eines runden Tisches wurde Raphael Gross (*Schweizer Historiker*) mit dem Forschungsmandat beauftragt. Die Zürcher Kunstgesellschaft hat im März 2023 zudem eine neue Strategie zur

Provenienzforschung ihrer Sammlung kommuniziert. Diese wird unter anderem auch dank eines Beitrags von etwas über 1 Million Franken aus dem Kulturfonds finanziert.

Ende Juni 2024, also vor etwa einem Jahr, erschien der Bericht von Raphael Gross und seinem interdisziplinären Team. Der Bericht macht deutlich, dass die bisherige Provenienzforschung der Bührle-Stiftung mit Blick auf gängige Standards und auch den im neuen Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Kunstgesellschaft formulierten Vorgaben ungenügend ist. Das Forschungsteam formulierte entsprechend drei Empfehlungen an die Kunstgesellschaft, erstens: Eine neue und vertiefende Provenienzforschung durch ein internationales, interdisziplinäres Team ist voranzutreiben. Zweitens: Es ist ein fachlich und biografisch multiperspektivistisches Gremium einzurichten. Dieses soll ein eigenes Prüfschema für den NS-verfolgungsbedingten Entzug eines Kunstwerkes entwickeln. Und drittens: Eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Namen «Sammlung Emil Bührle» sei angezeigt. Diese Diskussion könnte auch unter Einbezug der Öffentlichkeit formuliert werden.

Die Kommission für Bildung und Kultur hatte anlässlich ihrer Sitzung vom August 2024 die Gelegenheit, sich direkt mit Raphael Gross über seine Forschungsergebnisse und Empfehlungen auszutauschen. Die KBIK hat diesen direkten Austausch sehr geschätzt. Die KBIK-Mehrheit kam anschliessend zum Schluss, dem Kantonsrat die Abschreibung des regierungsrätlichen Postulatsberichts mit einer abweichenden Stellungnahme zu beantragen. Für sie steht nun primär die Zürcher Kunstgesellschaft in der Pflicht, die Provenienzforschung der Sammlung Bührle voranzutreiben. Ihrer Meinung nach sollen die Kunstgesellschaft und die Bührle-Stiftung auch für die damit verbundenen Kosten aufkommen. Der Kanton hat für die KBIK-Mehrheit vielmehr eine ethisch-politische Mitverantwortung, gute und gerechte Lösungen zu ermöglichen und zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen.

Die Kommissionsminderheit dagegen ist der Meinung, dass der Kantonsrat keine Forderungen mit hohen finanziellen Auswirkungen an Aussenstehende richten soll. Zudem habe die Stadt Zürich die Zürcher Kunstgesellschaft, als Betreiberin und Trägerin des Kunstauses Zürich, vertraglich bereits zu dieser Provenienzforschung verpflichtet.

Ich danke Ihnen, wenn Sie den von der KBIK mit 8 zu 7 Stimmen gefällten Antrag unterstützen, das Postulat betreffend «Herkunft der Bilder der Bührle-Sammlung lückenlos aufarbeiten und die Entstehung der Sammlung historisch kritisch aufklären» mit einer abweichenden Stellungnahme abschreiben. Vielen Dank.

***Minderheitsantrag Rochus Burtscher, Tobias Infortuna, Alexander Jäger, Ursula Junker, Susanna Lisibach (in Vertretung von Roger Schmidinger), Kathrin Wydler:***

*II. Es wird keine abweichende Stellungnahme abgegeben.*

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Als Sprecher der Minderheit möchte ich gerne die ablehnende Haltung zur geforderten abweichenden Stellungnahme darlegen. Der Bericht, der uns vorliegt, erfüllt voll und ganz seinen Zweck. Er ist umfassend, detailliert und liefert alle relevanten Informationen, die gefordert sind und wurden. Eine zusätzliche Stellungnahme wäre nicht nur unnötig, sondern würde auch keine neuen Erkenntnisse bringen, ausser Kosten. Das Kunsthaus Zürich befindet sich übrigens im Besitz der Stadt Zürich. Es liegt daher in der Verantwortung der Stadt, wie sie mit ihren Sammlungen und deren Geschichte umgeht. Wir als Kanton müssen hier nicht in jede Einzelentscheidung eingreifen. Was die Stadt Zürich mit dem Kunsthaus macht, ist in erster, in zweiter, in dritter – und so weiter – Linie ihre eigene Sache. Die Bührle-Stiftung, ein oft kritisierte Punkt, ist verpflichtet, die Herkunft ihrer Bilder aufzuarbeiten. Und genau das ist geschehen, es wurde eine Provenienzforschung durchgeführt. Danach hat die Stadt Zürich gemeinsam mit der Fachstelle Kultur eine zweite Untersuchung durch Raphael Gross in Auftrag gegeben. Auch diese wurde, wie erwähnt, inzwischen abgeschlossen. Gibt es einige Bilder mit möglichen Unsicherheiten? Ja, das ist nicht auszuschliessen. Doch wir reden hier von Einzelfällen und nicht von einem systematischen Versagen. Wir haben also zwei seriöse Untersuchungen, die sich dem Thema aus verschiedenen Blickwinkeln angenommen haben. Was wäre der nächste Schritt, eine dritte Expertise, eine vierte oder dann eine fünfte und so weiter? Wollen wir wirklich so weitermachen, mit einem riesigen Aufwand an Geld und Zeit und immer noch nicht mehr wissen als heute? Deshalb braucht es keine abweichende Stellungnahme. Der Bericht ist, wie gesagt, ausreichend, der Auftrag wurde erfüllt. Alles Weitere ist Sache der Stadt und der Stiftung, nicht des Kantonsrates.

Wir lehnen die abweichende Stellungnahme deshalb entschieden ab und schreiben direkt ab – ohne abweichende Stellungnahme.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Zuerst möchte ich der Kommissionspräsidentin danken, die die Vorgeschichte und eben auch die Entwicklungen, die seit der Einreichung des Postulats im Sommer 2022 passiert sind, ausgeführt hat, und ich möchte das nicht mehr wiederholen, denn das können Sie nachlesen, einerseits in der Postulatsantwort, aber auch in der Begründung zur abweichenden Stellungnahme.

Für uns ist zentral und es ist auch unbestritten, dass der Bericht von Raphael Gross, der im letzten Sommer präsentiert wurde, klar zeigt, dass die bisherige Provenienzforschung, wie sie von der Bührle-Stiftung gemacht wurde, ungenügend war und ist und dass es deshalb eine umfassende und vertiefte Provenienzforschung zu den Bildern der Bührle-Sammlung braucht. Diese Provenienzforschung muss jetzt auch deshalb rasch an die Hand genommen werden, weil die möglichen Betroffenen, die möglichen anspruchsberechtigten Personen Anspruch auf Klarheit haben – endlich Anspruch auf Klarheit haben. Und es geht nicht, dass sie immer weiter getröstet werden, weil zum Beispiel nicht klar ist, wer jetzt diese Provenienzforschung machen soll oder wie man sie machen soll oder wer sie bezahlen soll.

Für uns ist klar, dass für die Durchführung dieser vertieften, umfassenden Provenienzforschung die Bührle-Stiftung als Besitzerin der Bilder und die Kunstgesellschaft als das Museum, wo die Bilder hängen, verantwortlich sind. Der Kanton Zürich sitzt hier gewissermassen nur im Beiboot. Er stellt zwar Vertreterinnen und Vertreter in den Vorstand der Kunstgesellschaft ab, aber ihm gehören die Bilder bekanntlich nicht. Die Bührle-Stiftung und die Kunstgesellschaft sollten jetzt endlich langsam in die Gänge kommen. Und aus meiner Sicht hätte die Bührle-Stiftung auch ein Eigeninteresse daran, ihre Bilder endlich vertieft zu untersuchen, diese Provenienzforschung nach dem State of the Art zu machen. Denn ich bin sicher, das würde sich auch lohnen, es würde den Wert der Bilder und damit auch den Wert der Sammlung steigern, wenn endlich klar ist, dass diese Sammlung transparent aufgearbeitet wurde, dass sie jetzt sauber ist und eben nicht eine kontaminierte Sammlung, was sie momentan noch ist. Und sie würde dann eben auch nicht in einem kontaminierten Museum, wie es der Historiker Erich Keller formuliert hat, aufgehängt werden, wenn sich die Kunstgesellschaft an diesen Bemühungen beteiligt.

Natürlich ist es richtig – und das unterstützen wir auch –, wenn der Kanton darauf hinwirkt, dass die Bührle-Stiftung und die Kunstgesellschaft nun endlich aktiv werden, und sie auch entsprechend in die Pflicht nimmt. Wenn nämlich nichts passiert, wenn diese Provenienzforschung nach allen Regeln der Kunst, wie wir sie fordern, nicht durchgeführt wird, dann müssen wir dann schon darüber nachdenken, was mit dieser Sammlung passieren soll. Und dann müssen wir uns ganz grundsätzliche Fragen stellen, und dazu gehört dann eben auch, offen und ohne Tabu darüber nachzudenken, wie das bereits die SP der Stadt Zürich im vergangenen Sommer gefordert hat, ob diese Sammlung nicht definitiv im Kunsthaus verbleiben soll, weil dieses Konstrukt mit der Dauerleihgabe durch die Bührle-Stiftung an die Kunstgesellschaft beziehungsweise das Kunsthaus, wo dann die Verantwortlichkeiten gut immer auf Kosten möglicher anspruchsberechtigter Personen hin und

her geschoben werden können, dieser Zustand kann so nicht mehr ewig weitergehen.

Kurzum, wir unterstützen die abweichende Stellungnahme. Der Kanton soll darauf hinwirken, soweit er es kann, dass die Bührle-Stiftung und die Kunstgesellschaft endlich die Verantwortung übernehmen und diese Provenienzforschung nun so durchführen, wie es der Bericht Raphael Gross angeregt hat.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich):* Die FDP-Fraktion unterstützt die Abschreibung des Postulats mit abweichender Stellungnahme nicht. Das Postulat wollte die lückenlose Abklärung der Herkunft der Bilder der Bührle-Sammlung. Der Regierungsrat, der Stadtrat (*der Stadt Zürich*) und die Kunstgesellschaft haben im August 2022 ein Konzept für die unabhängige Evaluation der bereits geleisteten Provenienzforschung der Sammlung Bührle bestimmt und veröffentlicht. Unter anderem hat er vorgeschlagen, dass Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, mit der Evaluation der bereits geleisteten Provenienzforschung der Sammlung Bührle betraut wird, zumal er die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen erfülle, um diese anspruchsvolle Aufgabe erfolgreich zu bewältigen. Dies wurde dann auch durchgeführt und grösstenteils von der Stadt Zürich bezahlt. Dabei konnten aber nicht alle Gegenstände überprüft werden.

Aufgrund der Aufgabenteilung von 1994 ist der Kanton Zürich für das Opernhaus und die Stadt Zürich für das Schauspielhaus, die Tonhalle und das Kunsthaus zuständig. Daher finden wir, dass auch die Stadt Zürich oder die Bührle-Stiftung oder die Kunstgesellschaft diese Abklärungen bezahlen müssten. Die abweichende Stellungnahme möchte eine vollständige Abklärung dieser Provenienzforschung. Dies ist mit sehr grossen Kosten verbunden, und die FDP findet es nicht sinnvoll, wenn der Kantonsrat Kosten verursachen will, ohne deren Finanzierung vorher zu klären. Man kann nicht einfach jemandem sagen, er soll jetzt das machen, und dann kostet es etwas. Das geht nicht, daher lehnt die FDP die abweichende Stellungnahme ab und stimmt der Abschreibung so nicht zu.

*Nadia Koch (GLP, Rümlang):* Gleich zu Beginn: Wir unterstützen die Abschreibung mit abweichender Stellungnahme und fordern, dass die Provenienz der Werke aus der Sammlung und der Bührle-Stiftung durch ein unabhängiges und breit abgestütztes Team von Forschenden aufgearbeitet wird. Der Bericht von Raphael Gross und seinem Forschungsteam bestätigt deutlich, dass die bisherige, von der Bührle-Stiftung selbst durchgeführte Provenienzforschung den heutigen Standards nicht genügt. Auch wenn in den letzten zwei Jahren wichtige Schritte unternommen wurden, bleibt die zentrale

Forderung nach einer umfassenden und unabhängigen Forschung weiterhin aktuell. Die institutionelle und finanzielle Beteiligung der Stadt und des Kantons Zürich am Kunsthaus begründen jedoch eine Mitverantwortung für die wissenschaftliche und ethische Integrität der dort gezeigten Sammlungen. Es ist für uns jedoch klar, dass die Kosten für eine solch unabhängige Forschung dabei von der Kunstgesellschaft Zürich und der Bührle-Stiftung zu tragen sind.

Abschliessend ist zu sagen, dass eine transparente und unabhängige Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte auch im öffentlichen Interesse liegt und im Lichte der Erklärung von Theresienstadt aus dem Jahre 2009 notwendig ist.

*Livia Knüsel (Grüne, Schlieren):* Die vom Architekten David Chipperfield realisierte Kunsthäuserweiterung hat unbestritten eine internationale Ausstrahlung. Was sich in diesem Gebäude an Kunstwerken befindet, sollte seinem architektonischen Ruf in nichts nachstehen. Als im Oktober 2021 ein grosser Teil der Bührle-Sammlung in den Erweiterungsbau überführt wurde, verliess man sich auf deren kunsthistorisches Renommee. Falsch gedacht, denn dieser Akt heizte die Diskussion über die ursprüngliche Provenienz der Sammlung an. Der Industrielle Emil Bührle hatte die Werke in den Jahren 1936 bis 1956 nach seinen ästhetischen Vorlieben gekauft. Den historischen Kontext der Shoah blendete er vollkommen aus. Gemäss dem renommierten Historiker Jakob Tanner sei die Herkunft dieser Werke der neuralgische Punkt des ganzen Bührle-Skandals. Zweifel an der bisher im Auftrag der Bührle-Stiftung geleisteten Forschung wurden laut. So ist auch dieses dringliche Postulat entstanden, das eine lückenlose Aufarbeitung der Sammlung Bührle fordert. Die Frage ist: Welche Kunstwerke dieser Sammlung waren in jüdischem Vorbesitz? Und welche davon wurden aufgrund von NS-bedingter Verfolgung veräussert, wären also sogenannte Fluchtgüter?

Im Zuge der hitzigen Debatten in der Fachwelt, der Politik und den Medien kamen Stadt und Kanton Zürich sowie die Kunstgesellschaft zum Schluss, eine unabhängige Überprüfung der hauseigenen Forschung sei notwendig. Das Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Werke müsste nochmals eingehend geprüft und historisch bewertet werden. Zurzeit dürften also im Kunsthaus Zürich Werke hängen, die als Fluchtgut zu bezeichnen sind. Genau dies verbietet aber der Subventionsvertrag unter Artikel 7, der besagt, dass die Zürcher Kunstgesellschaft insbesondere keine Werke ausstellt, bei denen es substantiierte Hinweise auf NS-verfolgungsbedingten Entzug gibt. Selbstaufgelegt reicht es also nicht aus, die heutige Ausstellung der Bührle-Sammlung in einem kritischen Licht zu zeigen.



Wir dürfen getrost von Abwehrstrategie sprechen, wenn wir uns damals von Stadtregierung und Bührle-Stiftung Sätze anhören mussten wie, die Bührle-Sammlung sei eine der besterforschten Sammlungen der Welt. Dies ist mitnichten so. Und hätte man es früher zugegeben, so wäre man dieser hitzigen Debatte entgangen. Oder wie es die «Frankfurter Allgemeine» spitz formulierte: Das Kunsthaus Zürich hat es geschafft, zum Gespött des internationalen Kunstbetriebs zu werden. Der Gross-Bericht hat allen kritischen Stimmen recht gegeben.

Erst wenn wir wissen, woher die Werke aus der Sammlung Bührle stammen, können wir entscheiden, ob deren Präsentation moralisch gerechtfertigt ist. Es braucht eine Offenlegung des Unrechts, das geschehen ist. Es muss ein fairer Dialog mit allen Beteiligten stattfinden. Nur so kann sich das Kunsthaus Zürich von seiner jetzigen Befangenheit befreien. Denn die Verfolgung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden spiegelt sich vielleicht in keiner anderen Sammlung so deutlich wider wie in der von Bührle, so festgehalten im Bericht. Die Relevanz des Themas zeigen die Bestrebungen des Bundesrates, eine Kommission für historisch belastetes Kulturgut einzuführen. Dass Philipp Hildebrand, Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft, sich gegen diesen Plan stellt, ist in der Folge dessen, was bisher geschah, nur konsequent. Erstaunlich ist aber doch, dass man sich überhaupt noch traut, resistent gegenüber der moralischen Verwerflichkeit von Fluchtgütern zu sein. Es geht Hildebrand offensichtlich nur um die Besitzstandswahrung der Reichen, wenn er befürchtet, dass Rückgabeempfehlungen dieser Kommission eine De-facto-Enteignung der heutigen Besitzerinnen und Besitzer darstellen würden.

Was will denn die Kunstgesellschaft eigentlich? Schwamm drüber und weitermachen oder sich in den öffentlichen Diskurs einbinden und endlich faire Lösungen mitdenken? Die Bührle-Stiftung kann man nicht zum Handeln verpflichten. Wenn aber das öffentlich subventionierte Kunsthaus dieses private Gut für eine Dauerausstellung nutzt, muss es gegen innen und aussen im Sinne der historischen Aufarbeitung kluge Verträge aufsetzen, umsichtig verhandeln und gut kommunizieren.

Wir Grüne wollen, dass Gross' Empfehlungen Rechnung getragen wird. Für die Umsetzung des dreiteiligen Forschungsauftrags sehen wir die Kunstgesellschaft und die Bührle-Stiftung in der Verantwortung. Darum unterstützen wir auch die abweichende Stellungnahme, denn von einer lückenlosen Aufarbeitung der Bührle-Sammlung sind wir noch Meilen entfernt. Das Postulat schreiben wir ab.

*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon):* Wir haben es gehört, dieses dringliche Postulat fordert die lückenlose Aufklärung der Herkunft der Bilder der

Bührle-Sammlung des Zürcher Kunsthauses. Und der nun vorliegende Expertenbericht macht deutlich, dass die bisherigen Forschungen der Bührle-Stiftung ungenügend sind. Die EVP unterstützt daher die Forderung an die in der Verantwortung stehende Kunstgesellschaft, aber auch an die Bührle-Stiftung, die Herkunft aller Bilder auf eigene Kosten zu klären. Es ist wohl im Interesse aller, dass hier endlich reiner Tisch gemacht wird und dass man guten Gewissens das Kunsthaus besuchen kann.

Die EVP schreibt das Postulat daher mit anderslautender Stellungnahme ab.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Zuallererst möchte ich Ihnen eine Geschichte erzählen: Als der Chipperfield-Erweiterungsbau im Oktober 2021 für das Publikum erstmals geöffnet wurde, stand vor der Eingangstür auch eine Pfarrerin aus Seebach mit einem Plakat. Auf diesem stand: «Ich pfeife auf schöne Kunst, wenn sie an Unrecht erinnert.» Eigentlich wollte die Pfarrerin schweigend gegen das Unrecht im Zusammenhang mit den ausgestellten Werken der Bührle-Stiftung protestieren. Als dann aber ein zwei Meter grosser, muskelbepackter Sicherheitsmann ihr das Plakat entreissen wollte, wehrte sie sich und sagte laut und deutlich: «Es ist mein Recht als Bürgerin, hier zu stehen und friedlich zu protestieren. Das ist mein Beitrag zu dieser Eröffnung. Ich bin Pfarrerin in Seebach, wo Emil Bührle eine Waffenfabrik besass». Der lokale Fernsehsender «TeleZüri» war dabei und filmte die Szene. Ich lade Sie ein, den Beitrag auf der Webseite von «TeleZüri» anzuschauen. Er ist ein gelungenes Beispiel für lokaljournalistische Berichterstattung.

Es gab zwar schon vor der Eröffnung des Erweiterungsbaus und der Eröffnung der Bührle-Etage eine kritische Berichterstattung über die Provenienz und das Zustandekommen der sogenannten Bührle-Sammlung. Mit der Eröffnung der Ausstellung hoffte man, dass sich diese kritischen Stimmen wieder legen würden und man wieder in den behaglichen Modus «Schweigen und Aussitzen» zurückfinden würde. Doch weit gefehlt, die Pfarrerin war nur der sanfte Anfang. Die kritischen Stimmen wurden immer stärker, der Druck aus dem Ausland nahm zu, die kritische Berichterstattung wurde immer breiter. Als dann am 15. Dezember 2021 der damalige Kunsthauisdirektor (*Christoph Becker*), die Zürcher Kunstgesellschaft und der Präsident der Bührle-Stiftung (*Alexander Jolles*) zur Pressekonferenz einluden, um die durch die Bührle-Stiftung betriebene Provenienzforschung zu repräsentieren, und sich diese Männerriege durch Unwahrheiten und Geschichtsblindheit in der Öffentlichkeit entblösste, und als nach der desaströsen Pressekonferenz die international bekannte Schweizer Künstlerin Miriam Cahn drohte, ihre Bilder aus dem Kunsthaus Zürich abziehen, spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Schweigen und Aussitzen keine Option mehr waren,

dass Transparenz über die bis dahin geheimen Verträge zwischen der Stadt Zürich, der Kunstgesellschaft und der Bührle-Stiftung hergestellt werden musste, dass die hauseigene Provenienzforschung der Bührle-Stiftung zumindest überprüft werden musste. Auch die Zürcher Politik konnte nicht mehr länger schweigen. Das Städtzürcher Parlament beschäftigte sich immer wieder mit dem Kunsthaus und der fragwürdigen Herkunft der Bührle-Sammlung. Das Kantonsparlament hingegen hat es nicht nötig gefunden, sich mit dem fragwürdigen Hintergrund der Bührle-Sammlung zu beschäftigen, auch nicht, als im Dezember 2011 der Beitrag von 30 Millionen Franken und das unentgeltliche Baurecht von 80 Jahren für den Erweiterungsbau des Kunsthauses zur Debatte standen. Das Geschäft wurde als simpler Baukredit aus dem Lotteriefonds behandelt und ohne grosse Diskussion durchgewinkt. Eine Gruppe von Kantonsparlamentarierinnen wollte Verantwortung übernehmen und hat das dringliche Postulat ausgearbeitet, das im Mai 2022 nach langer Vorarbeit eingereicht und am 13. Juni 2022 an den Regierungsrat überwiesen wurde. Der Kanton ist mit zwei Vertreterinnen im Vorstand der Kunstgesellschaft vertreten. So tun, wie wenn der Kanton – dazu gehören alle – keine Mitverantwortung hätte, das geht einfach nicht. Er muss sich seiner historischen Mitverantwortung stellen.

Die FDP unterstützte das dringliche Postulat nicht, weil unnötig, da die Aufarbeitungen bereits am Laufen seien. Und die SVP warf uns heuchlerische Absicht vor. Nun, ich bin nach wie vor überzeugt, dass das dringliche Postulat nötig war. Neben dem öffentlichen Druck gab es damit auch den politischen Druck, den man definitiv nicht mehr wegschwatzen konnte.

Ich bitte Sie, die abweichende Stellungnahme zu unterstützen, die kurz zusammenfasst, dass der eingeschlagene Weg noch lange nicht zu Ende ist und weitergeführt werden muss. Wie der Leiter des runden Tisches, Felix Uhlmann (*Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich*), an der Pressekonferenz vom 26. Juni 2024 ausführte, ist der Bericht von Raphael Gross und seinem interdisziplinären Team ein Quantensprung in der Aufarbeitung der Hintergründe der Bührle-Sammlung. Raphael Gross und sein Team haben innerhalb kürzester Zeit ganze Arbeit geleistet. Der Bericht ist öffentlich und ich empfehle allen, diesen Bericht zu lesen. Er und sein Team nahmen einen Perspektivenwechsel vor. Die Provenienzforschung der Bührle-Stiftung stellte die Geschichte von Kunstwerken ins Zentrum. Raphael Gross und sein Team stellten die Personen und ihre Geschichte ins Zentrum der Provenienzforschung. Ich zitiere Raphael Gross: «Dabei geht es sowohl um Opfer als auch um Profiteure und Täter des NS-Kunstraubs.» Raphael Gross und sein Team gingen also der Frage nach, wem das Kunstwerk gehörte und welche Umstände dazu führten, dass das Werk

seinen Besitzer wechseln musste. Das Ergebnis seiner Forschung ist desaströs für die Provenienzforschung der Bührle-Stiftung und macht überdeutlich, dass diese ungenügend war. 133 der insgesamt 205 Werke, die im Kunsthaus Zürich als Dauerleihgabe ausgestellt sind, gehörten zu unterschiedlichen Zeiten jüdischen Vorbesitzerinnen und -besitzern. Emil Bührle hat die Werke zwischen 1936 und 1956 erworben, zu einer Zeit also, als das NS-Regime die jüdische Bevölkerung systematisch vertrieb und vernichtete und Kunstraub an der Tagesordnung war. Der Bericht von Raphael Gross und seinem Team liegt vor. Das Fazit ist klar: Die Provenienzforschung müsse weiter vertieft werden, die Geschichte der Vorbesitzerinnen offengelegt werden, das Kunsthaus müsse ein eigenes Prüfschema ausarbeiten und eine international und interdisziplinär zusammengesetzte Kommission einsetzen. Weiter müsse auch die Namensgebung überprüft werden, denn mit der Ausstellung der Werke in einem öffentlichen Museum werde der Name «Bührle» nobilitiert. Dass die immensen Kosten der Herkunftsforschung nicht allein vom Kunsthaus getragen werden können, ist klar. Auch die Bührle-Stiftung soll sich unserer Meinung nach an den Kosten beteiligen. Es gibt aber noch viele weitere ungeklärte Fragen. Diese werden noch viel zu diskutieren geben. Sicher ist, wir müssen Lösungen finden, einfach aussetzen geht nicht. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal:* Wir sagen nicht, dass es nicht noch weitere ungeklärte Bilder gibt. Die Bührle-Stiftung will übrigens die Bilder der Öffentlichkeit zeigen. Aber mit diesen stetigen Unterstellungen würde ich als Besitzer der Bührle-Stiftung den Vertrag lösen und alle Bilder abhängen. Und dann sagen «Tschüss, Chipperfield-Gebäude, ade!», das kann man sich dann nicht mehr leisten. Ich bin übrigens gespannt, ob die dritte Provenienzforschung Raphael Gross recht gibt oder eben nicht, weil es nochmals einen Quantensprung in der Entwicklung und den Fragestellungen gibt. Und ob sich dann die enervierten Redner gleich verhalten, stelle ich ebenfalls infrage. Ich habe übrigens in der Kommissionssitzung einmal gesagt, eigentlich müsste man bei den Bildern bis zum Ursprung des Erstellers zurückgehen und kontrollieren. Und dann sieht man, wann, wo, welche Bilder wieso den Besitzer gewechselt haben. Aber da hat man natürlich abgewunken und gesagt, das sei viel zu teuer. Ich würde es einfach mal so sagen: Wir wissen es einfach nicht besser, aber macht doch nicht ein solches Aufsehen und noch eine dritte, eine vierte oder eine fünfte Provenienzforschung! Besten Dank.

*Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Also, lieber Rochus Burtscher, ich habe selten einen solchen Mist gehört wie jetzt von dir in den

letzten zwei Minuten. Ich glaube, du hast einfach nicht verstanden, um was es geht. Wir haben diese Provenienzforschung der Bührle-Stiftung, da wissen wir jetzt, dass sie ungenügend war. Und Raphael Gross und sein Team konnten ja nicht alle Bilder in der Tiefe, wie es eben nötig wäre, nach dem State of the Art sozusagen, einer Provenienzforschung unterziehen. Das war auch nicht ihre Aufgabe. Ihre Aufgabe war ja zu schauen, ob die Provenienzforschung, wie sie die Bührle-Stiftung gemacht hat, gut war. Und da wissen wir jetzt: Nein, sie war nicht gut. Und dann ist ja klar, was daraus folgt: Jetzt müssen wir es eben gut machen. Und sinnvollerweise machen wir es dann tatsächlich nicht dreimal, wie du es jetzt in den Raum gestellt hast, sondern wir machen es einmal, und zwar richtig, und um das geht es und das wollen wir. Und es ist auch klar, wer dafür verantwortlich ist: die Besitzerin der Bilder, die Bührle-Stiftung, und die Institution, wo diese Bilder jetzt hängen, das Kunsthaus beziehungsweise die Kunstgesellschaft, und das ist der Punkt. Und ich meine, das Szenario, dass die Bührle-Stiftung die Bilder abziehen könnte: Nun ja, erstens hat sie diesen Vertrag unterschrieben für diese Dauerleihgabe. Und zweitens: Was soll sie dann mit diesen Bildern machen, wenn sie nicht mehr im Zürcher Kunsthaus hängen? Sie vergammeln lassen irgendwo in einem Keller oder sie irgendwie nach China oder Katar verkaufen? Viel Spass mit diesen Optionen.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Der Regierungsrat ist auch nicht der Meinung, sehr geehrter Herr Burtscher, dass da einfach Aufhebens gemacht wird. Es geht hier um legitime Ansprüche von jüdischen Familien, in deren Besitz diese Kunstwerke waren. Diese wurden entweder während der Nazizeit geraubt oder die Familien waren durch die Ereignisse, diese dramatischen Ereignisse, gezwungen, ihre Kunstwerke unter Wert, unter Zwang zu verkaufen. Ich denke nicht, dass wir da über Aufhebens-Machen reden sollten. Die Untersuchung Gross ist ein Meilenstein auf diesem Weg zu gerechten und zeitgemässen Lösungen. Die Untersuchung Gross, der Bericht von Raphael Gross ist eine sehr wichtige Grundlage, und er ist ein Steilpass für die Bührle-Stiftung und für die Kunstgesellschaft Zürich. Eine kontaminierte Sammlung ist ein Reputationsrisiko für jedes Museum. Deshalb ist auch die Drohung, die Sammlung einfach abzuziehen und irgendwo auszustellen, wahrscheinlich doch eher eine leere Drohung. Eine kontaminierte Sammlung ist ein Reputationsrisiko für jedes Museum. Es schränkt die Sponsormöglichkeiten ein, weil Sponsorinnen und Sponsoren nicht gerne an Museen spenden, die solche kontaminierten Sammlungen ausstellen, und es mindert den Wert der Sammlung. Wenn man sich das vor Augen führt, muss man einfach zum Schluss kommen, dass alle ein Interesse haben, hier endlich vorwärtszumachen und die Empfehlungen des Berichts Gross umzusetzen.

Es wurde mehrmals gesagt, der Kanton Zürich hat eine politisch-ethische Mitverantwortung. Er ordnet zwei Vertreterinnen in den Vorstand ab. Ich kann Ihnen versichern, dass diese beiden Personen alles unternehmen, um diesen Prozess voranzubringen. Der Kanton Zürich steht aber an der Seitenlinie dieses Geschäfts. Die Zuständigkeit liegt bei der Stadt Zürich aus politischer Sicht und die Zuständigkeit für die Provenienzforschung liegt bei den Eigentümern und den Besitzern, sprich bei der Stiftung und bei der Kunstgesellschaft. Es ist die Absicht des Kantons, auch aus der historischen Verantwortung gegenüber der jüdischen Bevölkerung heraus, hier alles dafür zu tun, dass vorwärtsgemacht wird. Und Sie können versichert sein, dass wir das auch tun.

#### *Abstimmung*

**Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Rochus Burtscher gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das dringliche Postulat KR-Nr. 147/2022 mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **9. Verschiedenes**

### *Fraktions- und persönliche Erklärungen*

#### ***Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion betreffend «Angriff auf eine Standaktion ist ein Angriff auf die Demokratie»***

*Ueli Bamert (SVP, Zürich):* Ich verlese euch eine Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion mit dem Titel «Ein Angriff auf eine Standaktion ist ein Angriff auf die Demokratie»:

Am Samstagvormittag wurde im Zürcher Quartier Wipkingen eine SVP-Standaktion von zwei unbekannten Frauen mit Sirup attackiert. Dabei wurden neben Kampagnenmaterial auch mehrere bereits ausgefüllte Unterschriftenbögen zerstört. Die Reinigungsarbeit dauerte rund eine Stunde, an eine Weiterführung der Standaktion war nicht zu denken. Die SVP der Stadt Zürich hat inzwischen Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht. Die Äusserungen der beiden Täterinnen lassen eindeutig darauf schliessen, dass sie der

linken bis linksradikalen Szene angehören und ganz offensichtlich ein politisches Motiv verfolgt haben.

Was am vergangenen Samstag vorgefallen ist, ist einmal mehr ein Paradebeispiel für die Intoleranz der vermeintlich Toleranten, wie sie im linken Milieu leider weit verbreitet ist. Ausgerechnet diejenigen, die der SVP alle möglichen unredlichen Motive und Haltungen unterstellen, bedienen sich zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele immer wieder der Hetze, Einschüchterung und Gewalt. Es ist offensichtlich, politische Gewalt geht in Zürich fast ausschliesslich von links aus, sei es an Demos wie am vergangenen 1. Mai oder, wie am Samstag erlebt, direkt gegen Parteien und deren Mitglieder, auch wenn diesmal glücklicherweise nur Sirup als Waffe zum Einsatz kam. Die Attacke war aber nicht nur ein Angriff auf die SVP und ihr Standpersonal, sondern auf die Demokratie an sich. Beim Vandalenakt wurde nämlich nicht nur Kampagnenmaterial unbrauchbar gemacht, sondern es wurde auch eine ganze Reihe an bereits ausgefüllten Unterschriftenbögen zerstört. Wenn Bürgerinnen und Bürger nicht mehr davon ausgehen können, dass ihre Unterschrift unter einer Volksinitiative gezählt wird, weil der politische Gegner die Unterschriftenbögen absichtlich zerstört hat, trifft dies unser Demokratieverständnis und letztlich unsere demokratischen Institutionen im Kern.

Wir verurteilen derart undemokratisches Verhalten in aller Form und rufen alle in diesem Saal vertretenen Parteien und deren Wählerschaft auf, sich aktiv gegen solche Aktionen und jegliche Form von politischer Gewalt einzusetzen. Die Demokratie hält unsere Gesellschaft zusammen und sie kann nur funktionieren, wenn sich alle an die demokratischen Regeln halten. Dafür setzen wir uns ein, Sie hoffentlich auch.

### ***Rücktrittserklärungen***

#### ***Gesuch um Rücktritt aus dem Kantonsrat von Beat Bloch, Zürich***

*Ratspräsident Beat Habegger:* Kantonsrat Beat Bloch, Zürich, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind.

Das ist der Fall. Der Rücktritt per 31. Juli 2025 ist genehmigt.

#### ***Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse***

##### **– Schulprovisorien auf Sek-II-Stufe**

Anfrage *Stefanie Huber (GLP, Dübendorf)*, *Wilma Willi (Grüne, Stadel)*, *Nadia Koch (GLP, Rümlang)*

##### **– Gefahr eines Strom-Blackouts im Kanton Zürich**

Anfrage *Paul von Euw* (SVP, Bauma), *Tobias Weidmann* (SVP, Hettlingen), *Domenik Ledergerber* (SVP, Herrliberg)

– **Materialisierung von Erschliessungsstrassen in der Landwirtschaftszone**

Anfrage *Walter Honegger* (SVP, Wald)

– **Kauf von landwirtschaftlichen Grundstücken durch den Kanton Zürich und deren Nutzung, insbesondere zum Zweck des Naturschutzes**

Anfrage *Hans Egli* (EDU, Steinmaur), *Jeannette Wibmer* (Die Mitte, Laufen-Uhwiesen), *Martin Huber* (FDP, Neftenbach), *Donato Flavio Scognamiglio* (EVP, Freienstein-Teufen)

– **Überwachungsmassnahmen im Kanton Zürich**

Anfrage *Nicola Yuste* (SP, Zürich), *Benjamin Krähenmann* (Grüne, Zürich), *Manuel Sahli* (AL, Winterthur)

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Zürich, den 12. Mai 2025

Die Protokollführerin:

Heidi Baumann